



# Botschaft der Regierung an den Grossen Rat

Heft Nr. 13/2013–2014

	Inhalt	Seite
13.	Beitritt des Kantons Graubünden zur Interkantonalen Vereinbarung über den schweizerischen Hochschulbereich vom 20. Juni 2013 (Hochschulkonkordat) .....	1167



## Inhaltsverzeichnis

<b>13.</b>	<b>Beitritt des Kantons Graubünden zur Interkantonalen Vereinbarung über den schweizerischen Hochschulbereich vom 20. Juni 2013 (Hochschulkonkordat)</b>	
<b>I.</b>	<b>Das Wichtigste in Kürze</b> .....	1167
<b>II.</b>	<b>Ausgangslage</b> .....	1168
<b>III.</b>	<b>Das Hochschulkonkordat</b> .....	1169
	1. Rechtsnatur .....	1169
	2. Inhaltliche Schwerpunkte .....	1170
	3. Vernehmlassung .....	1171
<b>IV.</b>	<b>Auswirkungen</b> .....	1172
	1. Gesetzliche Auswirkungen .....	1172
	2. Finanzielle Auswirkungen .....	1172
<b>V.</b>	<b>Anträge</b> .....	1173



## Botschaft der Regierung an den Grossen Rat

13.

### **Beitritt des Kantons Graubünden zur Interkantonalen Vereinbarung über den schweizerischen Hochschulbereich vom 20. Juni 2013 (Hochschulkonkordat)**

Chur, den 25. Februar 2014

Sehr geehrter Herr Landespräsident  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen Botschaft und Antrag über den Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über den schweizerischen Hochschulbereich (Hochschulkonkordat), welche die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) am 20. Juni 2013 zuhanden der kantonalen Beitrittsverfahren verabschiedet hat. Das Hochschulkonkordat kann durch den Vorstand der EDK in Kraft gesetzt werden, sobald ihm mindestens 14 Kantone beigetreten sind, davon mindestens acht der Konkordatskantone des Interkantonalen Konkordats über universitäre Koordination vom 9. Dezember 1999. Die Inkraftsetzung erfolgt jedoch frühestens zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Bundesgesetzes über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich vom 30. September 2011 (HFKG).

#### **I. Das Wichtigste in Kürze**

Zweck des Hochschulkonkordats ist es, die Zusammenarbeit der Vereinbarungskantone untereinander und mit dem Bund bei der Koordination im schweizerischen Hochschulbereich zu regeln. Bisher gab es keine gesamtschweizerische Steuerung der Hochschulpolitik. Die hochschulpolitische

Landschaft war geprägt von einer Vielzahl verschiedener Gremien und Zuständigkeiten sowie einer unterschiedlichen Kompetenzverteilung zwischen Bund und Kantonen je nach Hochschultypus (Universität, Fachhochschule, Pädagogische Hochschule).

Im Jahre 2006 haben Volk und Stände der Aufnahme von Art. 63a in die Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999 (BV; SR 101) zugestimmt und damit Bund und Kantone unter anderem beauftragt, gemeinsam für die Koordination und die Qualitätssicherung des schweizerischen Hochschulwesens zu sorgen. Um dies zu ermöglichen, müssen von beiden Seiten neue gesetzliche Grundlagen geschaffen werden. Der Bund hat mit dem HFKG diesen Schritt bereits vollzogen. Die Kantone schaffen nun ihrerseits mit dem vorliegenden Hochschulkonkordat die notwendige gesetzliche Grundlage. Gestützt auf das HFKG und das Hochschulkonkordat können der Bund und die Kantone anschliessend eine «Zusammenarbeitsvereinbarung» (ZSAV) abschliessen, um die schweizerische Hochschulpolitik im Interesse aller Kantone und des Bundes gemeinsam lenken zu können. Das Hochschulkonkordat stellt ein wichtiges Instrument dar, um die schweizerische Hochschulpolitik zu vereinheitlichen und im Wettbewerb zu stärken. Zudem bietet es den Kantonen die Möglichkeit, Einfluss auf die eidgenössische Hochschulpolitik nehmen zu können.

Das Hochschulkonkordat dient auch als Grundlage für die Schaffung gemeinsamer Organe von Bund und Kantonen zur Lenkung der Hochschulpolitik und zur Übertragung von Kompetenzen im Bereich der Hochschulpolitik an diese Organe. Als oberstes gemeinsames Organ von Bund und Kantonen ist die Schweizerische Hochschulkonferenz vorgesehen, in welcher jeder Vereinbarungskanton Einsitz nimmt. Weitere gemeinsame Organe sind die Rektorenkonferenz der schweizerischen Hochschulen und der Schweizerische Akkreditierungsrat mit der Schweizerischen Agentur für Akkreditierung und Qualitätssicherung (Schweizerische Akkreditierungsagentur). Der Erlass regelt die Kompetenzen dieser Organe und den Umfang, in welchem sich die Kantone an den Kosten beteiligen müssen. Die Autonomie der Hochschulen bleibt jedoch grundsätzlich bestehen.

## **II. Ausgangslage**

Gemäss Art. 63a Abs. 3 BV sorgen Bund und Kantone gemeinsam für die Gewährleistung der Qualitätssicherung im schweizerischen Hochschulwesen. Sie nehmen dabei Rücksicht auf die Autonomie der Hochschulen sowie deren unterschiedliche Trägerschaften und achten auf die Gleichbehandlung von Institutionen mit gleichen Aufgaben. Nach geltender Rechtslage ist die Koordination der Hochschulen untereinander durch eine Vielzahl von

interkantonalen Gremien geprägt. Diese sind jeweils nur für einen gewissen Hochschultypus zuständig. Die gesetzlichen Grundlagen unterscheiden sich je nach Art der Hochschule. Die Aufgabenverteilung zwischen Bund und Kantonen ist ebenfalls unterschiedlich geregelt. Unter diesen Voraussetzungen konnte die schweizerische Hochschulpolitik bisher nicht einheitlich gelenkt werden.

### **III. Das Hochschulkonkordat**

#### **1. Rechtsnatur**

Das vorliegende Hochschulkonkordat ist ein rechtsetzender Vertrag zwischen mehreren Kantonen gemäss Art. 48 BV. Um rechtskräftig neue interkantonale Organe schaffen zu können, muss der Vertrag gemäss Art. 48 Abs. 4 BV nach dem gleichen Verfahren genehmigt worden sein, das auch für die Gesetzgebung gilt. Auf Antrag der Unterzeichnerkantone hin kann der Bund das Hochschulkonkordat gemäss Art. 48a Abs. 1 BV für allgemeingültig erklären lassen.

Das kantonale Beitrittsverfahren richtet sich nach den im jeweiligen Kanton einschlägigen Bestimmungen über den Abschluss von Staatsverträgen. Nach Art. 45 Abs. 2 der Verfassung des Kantons Graubünden vom 18. Mai 2003/14. September 2003 (KV; BR 110.100) ist die Regierung für das Aushandeln von interkantonalen und internationalen Verträgen und, soweit sie in ihre Verordnungskompetenz fallen, auch für deren Abschluss zuständig. Nach Art. 32 Abs. 2 KV genehmigt der Grosse Rat die interkantonalen und internationalen Verträge, soweit nicht die Regierung zum alleinigen Abschluss befugt ist.

Der Grosse Rat hat nach Art. 31 KV alle wichtigen Bestimmungen in der Form eines Gesetzes zu erlassen (Abs. 1). Dazu gehören unter anderem gemäss Abs. 2 Ziff. 5 und 6 Grundsätze von Organisation und Aufgaben der Behörden und die Übertragung von hoheitlichen und anderen bedeutenden öffentlichen Aufgaben an Trägerschaften ausserhalb der kantonalen Verwaltung. Im vorliegenden Hochschulkonkordat werden öffentliche Aufgaben an eine interkantonale Behörde übertragen. Aus diesem Grund ist der Grosse Rat zuständig für die Genehmigung des Hochschulkonkordates.

Beim Hochschulkonkordat handelt es sich um einen interkantonalen Vertrag mit gesetzesänderndem Inhalt. Somit ist der Beitritt zum Hochschulkonkordat gemäss Art. 17 Abs. 1 Ziff. 2 KV dem fakultativen Referendum unterstellt.

## 2. Inhaltliche Schwerpunkte

Das Hochschulkonkordat schafft für die Kantone die Grundlage, um im Rahmen des Verfassungsauftrags von Art. 63a BV gemeinsam mit dem Bund die Koordination, Qualität und Wettbewerbsfähigkeit des schweizerischen Hochschulbereichs zu gewährleisten. Dabei beinhaltet es folgende Schwerpunkte:

- Das Hochschulkonkordat ist gemäss Art. 3 auf sämtliche kantonale und interkantonale Universitäten, Fachhochschulen und Pädagogische Hochschulen anwendbar sowie auf die von den Kantonen geführten Institutionen der Hochschullehre im Bereich der Grundausbildung, die vom Bund als beitragsberechtigt anerkannt sind. Damit trägt das Hochschulkonkordat zur Vereinheitlichung der verschiedenen Gremien bei, welche aktuell die Hochschulpolitik beeinflussen.
- In Art. 4 des Hochschulkonkordats wird festgelegt, dass die Vereinbarungskantone mit dem Bund die oben genannte Zusammenarbeitsvereinbarung abschliessen. Die Vereinbarungskantone können zur Erreichung des Konkordatzwecks mit dem Bund zudem weitere Vollzugsvereinbarungen unterzeichnen. Weiter wird statuiert, was zu geschehen hat, falls die Zusammenarbeitsvereinbarung nicht abgeschlossen oder aufgehoben wird. In diesem Falle dürfte der Bund gemäss Art. 63a Abs. 5 BV in diesem Bereich eigenmächtig Vorschriften erlassen. Die Vereinbarungskantone erhalten gemäss Art. 4 Abs. 3 des Hochschulkonkordats die Kompetenz, zumindest bis zum Erlass von einschlägigem Bundesrecht die nötigen Massnahmen zur Gewährleistung der Koordination zu ergreifen.
- Das Hochschulkonkordat dient den Kantonen als rechtliche Grundlage zur Schaffung der im HFKG bezeichneten Organe. Diese Organe werden in Art. 5 des Hochschulkonkordats aufgeführt. Die Schweizerische Hochschulkonferenz ist das gemeinsame Organ von Bund und Kantonen sowie die oberste hochschulpolitische Behörde der Schweiz. Die weiteren Organe sind die Rektorenkonferenz der schweizerischen Hochschulen und der Schweizerische Akkreditierungsrat mit der Schweizerischen Agentur für Akkreditierung und Qualitätssicherung (Schweizerische Akkreditierungsagentur). Die weiteren Details zu Organisation, Beschlussverfahren und Zuständigkeiten dieser Organe regeln das HFKG und die Zusammenarbeitsvereinbarung.
- Die Schweizerische Hochschulkonferenz tagt gemäss Art. 6 des Hochschulkonkordats einerseits als Plenarversammlung, andererseits als Hochschulrat. Während in der Plenarversammlung sämtliche Vereinbarungskantone vertreten sind, besteht der Hochschulrat gemäss Art. 6 Abs. 3 des Hochschulkonkordats aus den Erziehungsdirektorinnen und -direktoren der zehn Universitätskantone (gemäss Interkantonalem Kon-



kordat über universitäre Koordination) plus vier weiteren, von der Konferenz der Vereinbarungskantone (siehe Art. 9 des Hochschulkonkordats) gewählten Mitgliedern aus den restlichen Trägerkantonen. Als Hochschul- oder Trägerkantone gelten gemäss Art. 2 Abs. 2 des Hochschulkonkordats jene Kantone, die Träger einer anerkannten Hochschule im Sinne von Art. 3 dieses Hochschulkonkordats sind. Als Träger der Pädagogischen Hochschule (PHGR) sowie der Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) als Teilschule der Fachhochschule Ostschweiz (FHO) kann Graubünden Anspruch auf einen dieser vier Sitze erheben. Politisch wäre es sehr wünschenswert, wenn der Kanton Graubünden diesen Sitz im Hochschulrat erhalten wird. In Art. 7 des Hochschulkonkordats wird die Gewichtung der Stimmen im Hochschulrat geregelt, welche auf der Grundlage der Anzahl der immatrikulierten Studierenden in Hochschulen des jeweiligen Kantons erfolgt. Diese Gewichtung ist dem Anhang 3 zu entnehmen. Weitere Details zur Beschlussfassung und zu den Zuständigkeiten ergeben sich aus dem HFKG.

- Die kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren üben ihr Amt in der Schweizerischen Hochschulkonferenz gemäss Art. 6 Abs. 4 persönlich aus. Nur in begründeten Fällen können sie im Verhinderungsfall eine Vertretung mit Stimmrecht bezeichnen.
- Die Finanzierung der gemeinsamen Organe wird in Art. 8 des Hochschulkonkordats geregelt. An den Kosten der Schweizerischen Hochschulkonferenz beteiligen sich die Kantone zu 50 Prozent, wobei die Verteilung proportional zur Einwohnerzahl der Kantone und der Zahl der von ihnen vertretenen Studierenden erfolgt. An den Kosten der weiteren Organe beteiligen sich die Kantone ebenfalls zu 50 Prozent, wobei hier lediglich die Anzahl der vertretenen Studierenden massgebend ist.
- Als weiteres Organ wird gemäss Art. 9 ff. des Hochschulkonkordats eine Konferenz der Verbindungskantone geschaffen, die für den Vollzug der Vereinbarung verantwortlich ist. Dazu zählen insbesondere der Abschluss der Zusammenarbeitsvereinbarung und die Berechnung der Stimmgewichtung im Hochschulrat.

### **3. Vernehmlassung**

Das Hochschulkonkordat wurde von der EDK am 2. Juli 2012 in die Vernehmlassung gegeben. Das Erziehungs-, Kultur- und Umweltschutzdepartement des Kantons Graubünden (EKUD) reichte das Konkordat zur Unternehmlassung an die verschiedenen betroffenen Ämter und Departemente sowie an die Kommission für Bildung und Kultur des Grossen Rates weiter.

Von den Vernehmlassungsteilnehmenden wurde einzig kritisch bemerkt, dass die Verteilung von Stimmen sowie die Finanzierung der Organe auf einem sehr komplizierten Mechanismus beruhen. Ansonsten wurde das Hochschulkonkordat in der Vernehmlassung als sinnvoll erachtet und befürwortet.

## **IV. Auswirkungen**

### **1. Gesetzliche Auswirkungen**

Von diesem Konkordatsbeitritt unmittelbar betroffen ist das Gesetz über Hochschulen und Forschung vom 24. Oktober 2012 (GHF; BR 427.200). Wie die Regierung bereits in der entsprechenden Botschaft an den Grossen Rat (Heft Nr. 8/2012–2013) festhielt, wurden die Bestimmungen der übergeordneten Gesetzgebung und dabei insbesondere das HFKG berücksichtigt. Ein unmittelbarer Anpassungsbedarf der kantonalen Gesetzgebung als Folge des Konkordatsbeitritts besteht somit nicht.

### **2. Finanzielle Auswirkungen**

Gemäss Berechnungen des Staatssekretariats für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI), des Generalsekretariats der EDK und des Generalsekretariats der Schweizerischen Universitätskonferenz (GS SUK) entstehen für die Schaffung und Aufrechterhaltung der gemeinsamen Organe Kosten in der Grössenordnung von 5 bis 6 Millionen Franken pro Jahr. Die Hälfte davon wird auf die Kantone entfallen. Dabei ist für die Bemessung der Kosten der Schweizerischen Hochschulkonferenz einerseits die Einwohnerzahl und andererseits die Anzahl an Studierenden, die dieser Kanton vertritt, massgeblich. Der Anteil an den Kosten der Rektorenkonferenz und des Akkreditierungsrats ergibt sich nur aus der Anzahl der vom jeweiligen Kanton vertretenen Studierenden. Für den Kanton Graubünden resultieren daraus Kosten von insgesamt rund 33000 Franken pro Jahr. Details zur Berechnung und Aufteilung der Kosten sind dem Anhang 3 zu entnehmen.

Wie bis anhin werden gemäss Art. 11 des Hochschulkonkordates die interkantonalen Hochschulbeiträge auf der Grundlage der Interkantonalen Universitätsvereinbarung vom 20. Februar 1997 (IUV) und der Interkantonalen Fachhochschulvereinbarung vom 12. Juli 2003 (FHV) ausgerichtet. Die Finanzierung der Pädagogischen Hochschulen richtet sich ebenfalls nach der Fachhochschulvereinbarung. In diesem Bereich ändert sich durch den Beitritt zum Hochschulkonkordat nichts.

## V. Anträge

Gestützt auf diese Botschaft beantragen wir Ihnen:

1. auf die Vorlage einzutreten;
2. dem Beitritt des Kantons Graubünden zur Interkantonalen Vereinbarung über den schweizerischen Hochschulbereich vom 20. Juni 2013 (Hochschulkonkordat) gemäss beiliegendem Beschlussentwurf zuzustimmen.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Landespräsident, sehr geehrte Damen und Herren, die Versicherung unserer vorzüglichen Hochachtung.

Namens der Regierung  
Der Präsident: *Cavigelli*  
Der Kanzleidirektor: *Riesen*

### **Anhang 1:**

Interkantonale Vereinbarung über den schweizerischen Hochschulbereich (Hochschulkonkordat) vom 20. Juni 2013

### **Anhang 2:**

Kommentar der EDK zu den einzelnen Bestimmungen der Interkantonalen Vereinbarung über den schweizerischen Hochschulbereich (Hochschulkonkordat) vom 20. Juni 2013

### **Anhang 3:**

Information des Generalsekretariats der EDK vom 19. Juni 2013 betreffend die Grössenordnung der Beiträge, welche die einzelnen Kantone für die gemeinsamen Organe von Bund und Kantonen zu leisten haben



## **Beitritt des Kantons Graubünden zur Interkantonalen Vereinbarung über den schweizerischen Hochschulbereich vom 20. Juni 2013**

vom ...

---

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden,

gestützt auf Art. 31 Abs. 1 der Kantonsverfassung,  
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 25. Februar 2014,

beschliesst:

1. Der Kanton Graubünden tritt der Interkantonalen Vereinbarung über den schweizerischen Hochschulbereich vom 20. Juni 2013 bei.
2. Die Regierung wird ermächtigt, den Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über den schweizerischen Hochschulbereich vom 20. Juni 2013 zu erklären.
3. Die Ziffern 1 und 2 dieses Beschlusses unterliegen dem fakultativen Referendum.

## **Participaziun dal chantun Grischun a la cunvegna interchantunala davart il sector da las scolas autas svizras dals 20 da zercladur 2013**

dals ...

---

Il cussegl grond dal chantun Grischun,

sa basond sin l'art. 31 al. 1 da la constituziun chantunala,  
suenter avair gi invista da la missiva da la regenza dals 25 da favrer 2014,

concluda:

1. Il chantun Grischun sa participescha a la cunvegna interchantunala davart il sector da las scolas autas svizras dals 20 da zercladur 2013.
2. La regenza vegn autorisada da declerar la participaziun a la cunvegna interchantunala davart il sector da las scolas autas svizras dals 20 da zercladur 2013.
3. Las cifras 1 e 2 da quest conclus èn suttamessas al referendum facultativ.

## **Adesione del Cantone dei Grigioni all'Accordo intercantonale nel settore delle scuole universitarie svizzere del 20 giugno 2013**

del ...

---

Il Gran Consiglio del Cantone dei Grigioni,

visto l'art. 31 cpv. 1 della Costituzione cantonale,  
visto il messaggio del Governo del 25 febbraio 2014,

decide:

1. Il Cantone dei Grigioni aderisce all'Accordo intercantonale nel settore delle scuole universitarie svizzere del 20 giugno 2013.
2. Il Governo viene autorizzato a dichiarare l'adesione all'Accordo intercantonale nel settore delle scuole universitarie svizzere del 20 giugno 2013.
3. I numeri 1 e 2 della presente decisione sono soggetti a referendum facoltativo.





## **Interkantonale Vereinbarung über den schweizerischen Hochschulbereich (Hochschulkonkordat)**

vom 20. Juni 2013

Die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK), gestützt auf Artikel 63a Absätze 3 und 4 der Schweizerischen Bundesverfassung (BV), beschliesst:

### **I. Allgemeine Bestimmungen**

#### *Art. 1 Zweck*

Die Vereinbarung regelt die Zusammenarbeit der Vereinbarungskantone untereinander und mit dem Bund bei der Koordination im schweizerischen Hochschulbereich. Insbesondere schafft sie die Grundlage, um im Rahmen des Bundesgesetzes über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich (HFKG)<sup>1</sup> gemeinsam mit dem Bund

- a. für die Koordination, die Qualität und die Wettbewerbsfähigkeit des gesamtschweizerischen Hochschulbereichs zu sorgen, namentlich durch die Einrichtung gemeinsamer Organe;
- b. die Qualitätssicherung und die Akkreditierung zu regeln;
- c. die Aufgabenteilung in besonders kostenintensiven Bereichen zu gewährleisten;
- d. die in Artikel 3 HFKG definierten Ziele umzusetzen.

---

<sup>1</sup> Bundesgesetz über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich vom 30. September 2011

## *Art. 2 Vereinbarungskantone*

<sup>1</sup>Die Vereinbarungskantone sind Mitglieder der Schweizerischen Hochschulkonferenz und auf diese Weise gemeinsam mit dem Bund an der Koordination im Hochschulbereich beteiligt.

<sup>2</sup>Sie sind Hochschulkantone, sofern sie Träger einer anerkannten Hochschule oder einer Institution gemäss Artikel 3 Buchstabe d sind.

## *Art. 3 Geltungsbereich*

Die Vereinbarung ist anwendbar auf

- a. kantonale und interkantonale Universitäten,
- b. kantonale und interkantonale Fachhochschulen und
- c. kantonale und interkantonale Pädagogische Hochschulen sowie
- d. von den Kantonen geführte Institutionen der Hochschullehre im Bereich der Grundausbildung, die vom Bund als beitragsberechtigt anerkannt sind.

## *Art. 4 Zusammenarbeit mit dem Bund*

<sup>1</sup>Die Vereinbarungskantone schliessen mit dem Bund zur Erfüllung der gemeinsamen Aufgaben eine Zusammenarbeitsvereinbarung gemäss Artikel 6 HFKG ab.

<sup>2</sup>Die Konferenz der Vereinbarungskantone kann zur Erreichung des in Artikel 1 umschriebenen Zwecks mit dem Bund weitere Vollzugsvereinbarungen abschliessen.

<sup>3</sup>Wird die Zusammenarbeitsvereinbarung nicht abgeschlossen oder aufgehoben, ergreifen die Vereinbarungskantone die nötigen Massnahmen, um die Koordination ihrer Hochschulpolitik zu gewährleisten.

## II. Gemeinsame Organe

### Art. 5 Grundsatz

<sup>1</sup>Die Vereinbarungskantone und der Bund schaffen mit der Zusammenarbeitsvereinbarung die im HFKG definierten Organe zur gemeinsamen Koordination im schweizerischen Hochschulbereich.

<sup>2</sup>Die Schweizerische Hochschulkonferenz ist das gemeinsame Organ von Bund und Kantonen.

<sup>3</sup>Im Weiteren bestehen folgende gemeinsame Organe:

- a. die Rektorenkonferenz der schweizerischen Hochschulen;
- b. der Schweizerische Akkreditierungsrat mit der Schweizerischen Agentur für Akkreditierung und Qualitätssicherung (Schweizerische Akkreditierungsagentur).

<sup>4</sup>Zuständigkeiten, Organisation und Beschlussverfahren der gemeinsamen Organe regeln das HFKG und die Zusammenarbeitsvereinbarung.

### Art. 6 Schweizerische Hochschulkonferenz

<sup>1</sup>Die Schweizerische Hochschulkonferenz ist das oberste hochschulpolitische Organ der Schweiz. Sie sorgt als Plenarversammlung oder als Hochschulrat im Rahmen der im HFKG definierten Zuständigkeiten und Verfahren für die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich durch Bund und Kantone.

<sup>2</sup>Die Erziehungsdirektorinnen und Erziehungsdirektoren der Vereinbarungskantone sind Mitglieder der Plenarversammlung der Schweizerischen Hochschulkonferenz.

<sup>3</sup>Die zehn Erziehungsdirektorinnen oder Erziehungsdirektoren der Universitätskantone, welche dem Interkantonalen Konkordat über universitäre Koordination vom 9. Dezember 1999 beigetreten sind, haben Einsitz im Hochschulrat. Die Konferenz der Vereinbarungskantone wählt jeweils auf vier Jahre jene vier weiteren Trägerkantone, die im Hochschulrat ebenfalls Einsitz nehmen. Welche Hochschulen die Mitglieder des Hochschul-

rats vertreten und wie viele Punkte ihnen zugeteilt werden, ist im Anhang aufgeführt.

<sup>4</sup>Die Erziehungsdirektorinnen und Erziehungsdirektoren üben ihr Amt persönlich aus. Im Verhinderungsfall können sie in begründeten Fällen eine Vertretung bestimmen, die das Stimmrecht wahrnimmt.

*Art. 7 Gewichtung der Stimmen bei Beschlüssen des Hochschulrats*

Für die Gewichtung der Stimmen bei Beschlüssen des Hochschulrats gemäss Artikel 17 HFKG erhält jede kantonale Vertretung im Hochschulrat eine Anzahl Punkte proportional zur Anzahl immatrikulierter Studierender, die auf dem Gebiet des Kantons an den kantonalen Hochschulen und an interkantonalen Hochschulen oder deren Teilschulen studieren. Die Mitglieder des Hochschulrats erhalten im Minimum einen Punkt. Die Zuteilung der Punkte ist im Anhang dargestellt.

*Art. 8 Finanzierung der gemeinsamen Organe*

<sup>1</sup>Die Vereinbarungskantone beteiligen sich zu höchstens 50 Prozent an den Kosten der Schweizerischen Hochschulkonferenz gemäss Artikel 9 Absatz 2 HFKG.

<sup>2</sup>Der Beitrag gemäss Absatz 1 wird von den Vereinbarungskantonen nach folgendem Verteilschlüssel getragen:

- a. eine Hälfte entsprechend ihrer Einwohnerzahl;
- b. eine Hälfte von den Hochschulträgern entsprechend der Zahl der von ihnen vertretenen Studierenden.

<sup>3</sup>Die Hochschulträger beteiligen sich entsprechend der Zahl der von ihnen vertretenen Studierenden zu höchstens 50 Prozent

- a. an den Kosten der Rektorenkonferenz, soweit sich diese aus der Erfüllung der Aufgaben gemäss HFKG ergeben,
- b. und an den Kosten des Schweizerischen Akkreditierungsrats und dessen Akkreditierungsagentur, soweit diese nicht durch Gebühren gemäss Artikel 35 Absatz 1 HFKG gedeckt sind.

<sup>4</sup>Trägerschaften mit mehreren Kantonen regeln selbstständig, wie diese Kosten unter den beteiligten Kantonen aufgeteilt werden.

<sup>5</sup>Die Zusammenarbeitsvereinbarung enthält die Grundsätze, nach denen die Schweizerische Hochschulkonferenz die Tragung der Kosten der Rektorenkonferenz regelt.

### **III. Konferenz der Vereinbarungskantone**

#### *Art. 9 Zusammensetzung und Organisation*

<sup>1</sup>Die Konferenz der Vereinbarungskantone setzt sich aus den Erziehungsdirektoren und Erziehungsdirektorinnen der Kantone zusammen, die der Vereinbarung beigetreten sind. Sie konstituiert sich selbst.

<sup>2</sup>Sie fasst ihre Beschlüsse mit der Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder.

#### *Art. 10 Aufgaben und Kompetenzen*

<sup>1</sup>Die Konferenz der Vereinbarungskantone ist verantwortlich für den Vollzug der Vereinbarung. Insbesondere ist sie zuständig für den Abschluss von Vereinbarungen gemäss Artikel 4 Absatz 1 und 2, für den Entscheid über Massnahmen gemäss Artikel 4 Absatz 3 und alle zwei Jahre für die Festlegung der Punkte für die Stimmengewichtung im Hochschulrat gemäss Artikel 7.

<sup>2</sup>Sie schlägt der Plenarversammlung der Schweizerischen Hochschulkonferenz zwei Erziehungsdirektorinnen oder Erziehungsdirektoren zur Wahl als Vizepräsidentin oder als Vizepräsidenten vor.

## **IV. Interkantonale Finanzierung der Hochschulen**

### *Art. 11 Interkantonale Hochschulbeiträge*

Die interkantonalen Hochschulbeiträge werden auf der Grundlage der Interkantonalen Universitätsvereinbarung (IUV) vom 20. Februar 1997<sup>2</sup> und der Interkantonalen Fachhochschulvereinbarung (FHV) vom 12. Juni 2003<sup>3</sup> ausgerichtet.

## **V. Titelschutz**

### *Art. 12 Bezeichnungs- und Titelschutz*

<sup>1</sup>Der Schutz der Hochschulbezeichnungen richtet sich nach Artikel 62 HFKG.

<sup>2</sup>Wer einen Titel führt, der auf Basis kantonalen oder interkantonalen Rechts geschützt ist, ohne dass er über den entsprechenden anerkannten Ausbildungsabschluss verfügt, oder wer einen entsprechenden Titel verwendet, der den Eindruck erweckt, er habe einen anerkannten Ausbildungsabschluss erworben, wird mit Busse bestraft. Fahrlässigkeit ist strafbar. Die Strafverfolgung obliegt den Kantonen.

## **VI. Schlussbestimmungen**

### *Art. 13 Vollzug*

<sup>1</sup>Die Geschäftsführung im Vollzug dieser Vereinbarung obliegt dem Generalsekretariat der EDK. Unter Einbezug der zuständigen Amtschefinnen und Amtschefs der Kantone besorgt es die laufenden Arbeiten der Konferenz der Vereinbarungskantone sowie die übrigen hochschulpolitischen Geschäfte der

---

<sup>2</sup>Sammlung der Rechtsgrundlagen der EDK, Ziffer 3.1

<sup>3</sup>Sammlung der Rechtsgrundlagen der EDK, Ziffer 3.3

EDK, soweit nicht andere Zuständigkeiten bestehen, und arbeitet mit dem zuständigen Bundesamt zusammen.

<sup>2</sup>Die Zusammenarbeit mit dem zuständigen Bundesamt bei der Geschäftsführung für den Hochschulrat der Schweizerischen Hochschulkonferenz erfolgt über die zuständigen Amtschefinnen und Amtschefs der im Hochschulrat vertretenen Kantone und eine Vertretung des Generalsekretariats der EDK.

<sup>3</sup>Die Kosten der Vereinbarungstätigkeit werden unter Vorbehalt von Artikel 8 nach Massgabe der Einwohnerzahl unter den Vereinbarungskantonen verteilt.

#### *Art. 14 Streitbeilegung*

<sup>1</sup>Auf Streitigkeiten, die sich aus dem vorliegenden Hochschulkonkordat ergeben, wird das Streitbeilegungsverfahren gemäss der Rahmenvereinbarung für die interkantonale Zusammenarbeit mit Lastenausgleich (IRV) vom 24. Juni 2005 angewendet.

<sup>2</sup>Kann die Streitigkeit nicht beigelegt werden, entscheidet auf Klage hin das Bundesgericht gemäss Artikel 120 Absatz 1 Buchstabe b des Bundesgerichtsgesetzes<sup>4</sup>.

#### *Art. 15 Beitritt*

Der Beitritt zu dieser Vereinbarung wird dem Vorstand der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren gegenüber erklärt.

#### *Art. 16 Austritt*

<sup>1</sup>Der Austritt aus der Vereinbarung muss dem Vorstand der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren gegenüber erklärt werden. Er tritt auf Ende des dritten Kalenderjahres, das der Austrittserklärung folgt, in Kraft.

---

<sup>4</sup> Bundesgesetz über das Bundesgericht vom 17. Juni 2005 (Bundesgerichtsgesetz, BGG); SR 173.110

<sup>2</sup> Mit dem Austritt gelten alle Vereinbarungen gemäss Artikel 4 auf den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Austritts ebenfalls als gekündigt.

*Art. 17 Inkrafttreten*

<sup>1</sup> Der Vorstand der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren entscheidet über das Inkrafttreten der Vereinbarung, wenn ihr mindestens 14 Kantone beigetreten sind, davon mindestens acht der Konkordatskantone des Interkantonalen Konkordats über universitäre Koordination vom 9. Dezember 1999. Die Inkraftsetzung erfolgt jedoch frühestens zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des HFKG.

<sup>2</sup> Das Inkrafttreten ist dem Bund zur Kenntnis zu bringen.

Bern, 20. Juni 2013

Im Namen der Schweizerischen Konferenz  
der kantonalen Erziehungsdirektoren

Die Präsidentin:  
Isabelle Chassot

Der Generalsekretär:  
Hans Ambühl



## Anhang

*Vertretung im Hochschulrat gemäss Artikel 6 und Zuordnung von Punkten bei der Gewichtung der Stimmen bei Beschlüssen des Hochschulrats gemäss Artikel 7*

Die Berechnung der Punkte erfolgt alle zwei Jahre aufgrund der Durchschnittswerte der vorangehenden Jahre. Die Konferenz der Vereinbarungskantone veröffentlicht die jeweils aktuelle Zuteilung in diesem Anhang zur Vereinbarung. Die nachstehend aufgelisteten Punkte basieren auf dem Durchschnitt der Studierendenzahlen 2010/2011 und 2011/2012 (Quelle: Bundesamt für Statistik) sowie auf den Angaben der Kantone.

*Vertretung im Hochschulrat und Punkteverteilung*

<b>1. Vertretung der Universitätskantone im Hochschulrat</b>	<b>Punkte</b>
<b>Zürich:</b> Universität Zürich, Zürcher Fachhochschule, Pädagogische Hochschule Zürich, Interkantonale Hochschule für Heilpädagogik	<b>42</b>
<b>Bern:</b> Universität Bern, Berner Fachhochschule, Pädagogische Hochschule Bern, Standorte der Haute école pédagogique BEJUNE im Kanton Bern	<b>22</b>
<b>Waadt:</b> Universität Lausanne, Haute école pédagogique du canton de Vaud, Standorte der Haute école spécialisée de Suisse occidentale im Kanton Waadt	<b>19</b>
<b>Genf:</b> Universität Genf, Standorte der Haute école spécialisée de Suisse occidentale im Kanton Genf	<b>18</b>
<b>Basel-Stadt:</b> Universität Basel, Standorte der Fachhochschule Nordwestschweiz im Kanton Basel-Stadt	<b>15</b>
<b>Freiburg:</b> Universität Freiburg, Pädagogische Hochschule Freiburg, Standorte der Haute école spécialisée de Suisse occidentale im Kanton Freiburg	<b>11</b>

<b>St. Gallen:</b> Universität St. Gallen, Pädagogische Hochschule des Kantons St. Gallen, Standorte der Fachhochschule Ostschweiz im Kanton St. Gallen	11
<b>Luzern:</b> Universität Luzern, Standorte der Fachhochschule Zentralschweiz (Hochschule Luzern) im Kanton Luzern, Pädagogische Hochschule Luzern (ab 2013)	9
<b>Neuenburg:</b> Universität Neuenburg, Standorte der Haute école spécialisée de Suisse occidentale im Kanton Neuenburg, Standorte der Haute école pédagogique BEJUNE im Kanton Neuenburg	6
<b>Tessin:</b> Universität Tessin, Scuola universitaria professionale della Svizzera italiana	6

## 2. Weitere Vertretungen im Hochschulrat gemäss Artikel 6 Absatz 3

Gemäss Artikel 6 Absatz 3 wählt die Konferenz der Vereinbarungskantone jeweils auf vier Jahre jene vier weiteren Trägerkantone, die im Hochschulrat Einsitz nehmen. Basierend auf dieser Bestimmung können die Erziehungsdirektorinnen oder Erziehungsdirektoren der Träger folgender Hochschulen in den Hochschulrat gewählt werden:

- Pädagogische Hochschule Wallis
- Pädagogische Hochschule Graubünden
- Pädagogische Hochschule Thurgau
- Pädagogische Hochschule Schaffhausen
- Pädagogische Hochschule Schwyz (ab 2013)
- Pädagogische Hochschule Zug (ab 2013)
- Standorte der Haute école pédagogique BEJUNE im Kanton Jura
- Standorte der Fachhochschule Nordwestschweiz in den Kantonen Aargau, Basel-Landschaft, Solothurn
- Standorte der Haute école spécialisée de Suisse occidentale in den Kantonen Wallis und Jura
- Standorte der Fachhochschule Ostschweiz im Kanton Graubünden

Die Zahl der Studierenden sämtlicher Hochschulen entspricht einem Total von 170 Punkten. Davon entfallen elf Punkte auf die unter Ziffer 2 des Anhangs aufgeführten Hochschulen.

## **Cunvegna interchantunala davart il sector da las scolas autas svizas (concordat da scola auta)**

dals 20 da zercladur 2013

La conferenza svizra dals directurs chantunals da l'educaziun publica (CDEP), sa basond sin l'artitgel 63a alineas 3 e 4 da la constituziun federala (Cst.), concluda:

### **I. Disposiziuns generalas**

#### *Art. 1 Intent*

La cunvegna regla la collavuraziun dals chantuns da cunvegna tranter els e cun la confederaziun tar la coordinaziun en il sector da las scolas autas svizas. En spezial stgaffescha ella la basa per ademplir ensemen cun la confederaziun las suandantas incumbensas en il rom da la lescha federala davart l'agid a las scolas autas e davart la coordinaziun en il sector da las scolas autas svizas (LASA)<sup>1</sup>:

- a. procurar per la coordinaziun, per la qualidad e per la cumpetitivitad da tut il sector da las scolas autas svizas, en spezial cun installar organs cuminaivels;
- b. reglar la garanzia da la qualidad e l'accreditaziun;

---

<sup>1</sup> lescha federala dals 30 da settember 2011 davart l'agid a las scolas autas e davart la coordinaziun en il sector da las scolas autas svizas

- c. garantir la repartiziun da las incumbensas en secturs che chaschunan spezialmain gronds custs;
- d. realisar las finamiras definidas en l'artitgel 3 LASA.

## *Art. 2 Chantuns da cunvegna*

<sup>1</sup>Ils chantuns da cunvegna èn commembers da la conferenza universitara svizra e participads uschia ensemen cun la confederaziun vi da la coordinaziun dal sector da las scolas autas.

<sup>2</sup>Els èn chantuns da scola auta, sch'els èn ils purtaders d'ina scola auta reconuschida u d'ina instituziun tenor l'artitgel 3 litera d.

## *Art. 3 Champ d'applicaziun*

La cunvegna è applitgbla per:

- a. universitads chantunalas ed interchantunalas;
- b. scolas autas spezialisadas chantunalas ed interchantunalas;
- c. scolas autas da pedagogia chantunalas ed interchantunalas;  
e
- d. instituziuns chantunalas cun ina instrucziun sin nivel universitar ch'èn activas en il sector da la scolaziun da basa e che vegnan reconuschidas da la confederaziun sco instituziuns subvenziunablas.

## *Art. 4 Collavuraziun cun la confederaziun*

<sup>1</sup>Per ademplir las incumbensas cuminaivlas fan ils chantuns da cunvegna ina cunvegna da collavuraziun cun la confederaziun tenor l'artitgel 6 LASA.

<sup>2</sup>La conferenza dals chantuns da cunvegna po far ulteriuras cunvegnas d'execuziun cun la confederaziun per cuntanscher l'intent circumscrit en l'artitgel 1.

<sup>3</sup>Sche la cunvegna da collavuraziun na vegn betg fatga u sch'ella vegn abolida, prendan ils chantuns da cunvegna las mesiras ch'èn necessarias per garantir la coordinaziun da lur politica da scola auta.

## **II. Organs cuminaivels**

### *Art. 5 Princip*

<sup>1</sup>Ils chantuns da cunvegna e la confederaziun installeschan cun la cunvegna da collavuraziun ils organs ch'èn definids en la LASA per la coordinaziun cuminaivla en il sector da las scolas autas svizras.

<sup>2</sup>La conferenza universitara svizra è l'organ cuminaivel da la confederaziun e dals chantuns.

<sup>3</sup>Ultra da quel existan ils suandants organs cuminaivels:

- a. la conferenza dals recturs da las scolas autas svizras;
- b. il cussegl svizzer d'accreditaziun cun l'agentura svizra per accreditaziun e garanzia da qualidad (agentura svizra d'accreditaziun).

<sup>4</sup>Las cumpetenzas, l'organisaziun e las proceduras da decisiun dals organs cuminaivels vegnan reglads tras la LASA ed en la cunvegna da collavuraziun.

### *Art. 6 Conferenza universitara svizra*

<sup>1</sup>La conferenza universitara svizra è l'organ suprem da la politica da scola auta da la Svizra. En il rom da las cumpetenzas

e da las proceduras definidas en la LASA procura ella sco radunanza plenara u sco cussegl da scola auta per la coordinaziun en il sectur da las scolas autas svizras tras la confederaziun ed ils chantuns.

<sup>2</sup>Las directuras ed ils directurs da l'educaziun publica dals chantuns da cunvegna èn commembras e commembers da la radunanza plenara da la conferenza universitara svizra.

<sup>3</sup>Las diesch directuras e directurs da l'educaziun publica dals chantuns universitars che fan part dal concordat interchantunal davart la coordinaziun universitara dals 9 da december 1999 han mintgamai in sez en il cussegl da scola auta. La conferenza dals chantuns da cunvegna elegia mintgamai per 4 onns ils ulteriurs quatter chantuns purtaders che han er mintgamai in sez en il cussegl da scola auta. Tge scolas autas che represchentan las commembras ed ils commembers dal cussegl da scola auta e quants puncts ch'ellas survegnan, è inditgà en l'agiunta.

<sup>4</sup>Las directuras ed ils directurs da l'educaziun publica exequeschan persunalmain lur uffizi. En cas d'impediment pon ellas ed els designar en cas motivads ina represchentanza che ha il dretg da votar.

*Art. 7 Valitaziun da las vuschs tar conclus dal cussegl da scola auta*

Per valitar las vuschs tar conclus dal cussegl da scola auta tenor l'artitgel 17 LASA survegn mintga represchentanza chantunala en il cussegl da scola auta in dumber da puncts ch'è proporziunal al dumber da las studentas e dals students immatriculads che fan lur studis sin il territori dal chantun en las scolas autas chantunalas ed en las scolas autas interchantunalas u en las scolas parzialas da talas. Las commembras ed ils commembers dal cussegl da scola auta survegnan minimalmain 1 punct. L'attribuziun dals puncts è represchentada en l'agiunta.

*Art. 8 Finanziaziun dals organs cuminaivels*

<sup>1</sup> Ils chantuns da cunvegna surpiglian maximalmain 50 pertschient dals custs da la conferenza universitara svizra tenor l'artitgel 9 alinea 2 LASA.

<sup>2</sup> La contribuziun tenor l'alinea 1 vegn purtada dals chantuns da cunvegna tenor la suandanta clav da repartiziun:

- a. ina mesadad tenor il dumber da lur abitantas ed abitants;
- b. ina mesadad dals purtaders da las scolas autas tenor il dumber da studentas e da students ch'els represchentan.

<sup>3</sup> Ils purtaders da las scolas autas surpiglian tenor il dumber da studentas e da students ch'els represchentan maximalmain 50 pertschient:

- a. dals custs da la conferenza dals recturs, uschenavant che quests custs resultan da l'adempliment da las incumbensas tenor la LASA; e
- b. dals custs dal cussegl svizzer d'accreditaziun e da sia agentura d'accreditaziun, uschenavant che quests custs n'èn betg cuvrids tras taxas tenor l'artitgel 35 alinea 1 LASA.

<sup>4</sup> Purtaders, dals quals plirs chantuns fan part, reglan tranter els, co che quests custs vegnan repartids tranter ils chantuns participads.

<sup>5</sup> La cunvegna da collavuraziun cuntegna ils princips, tenor ils quals la conferenza universitara svizra regla la repartiziun dals custs da la conferenza dals recturs.

### **III. Conferenza dals chantuns da cunvegna**

#### *Art. 9 Cumposiziun ed organisaziun*

<sup>1</sup> La conferenza dals chantuns da cunvegna sa cumpona da las directuras e dals directurs da l'educaziun publica dals chantuns che fan part da la cunvegna. Ella sa constituescha sezza.

<sup>2</sup> Ella prenda ses conclus cun ina maioritad da dus terzs da las commembras e dals commembers preschents.

#### *Art. 10 Incumbensas e cumpetenzas*

<sup>1</sup> La conferenza dals chantuns da cunvegna è responsabla per l'execuziun da la cunvegna. En spezial è ella cumpetenta per far cunvegna tenor l'artitgel 4 alineas 1 e 2, per decider davart mesiras tenor l'artitgel 4 alinea 3 e per fixar mintga 2 onns ils puncts per la valitaziun da las vuschs en il cussegl da scola auta tenor l'artitgel 7.

<sup>2</sup> Ella propona a la radunanza plenara da la conferenza universitara svizra duas directuras u dus directurs da l'educaziun publica per l'elecziun sco vicepresidente u vicepresidente.

### **IV. Finanziaziun interchantunala da las scolas autas**

#### *Art. 11 Contribuziuns interchantunalas a las scolas autas*

Las contribuziuns interchantunalas a las scolas autas vegnan pajadas sin basa da la cunvegna interchantunala davart las universitads (CIU) dals 20 da favrer 1997<sup>2</sup> e da la cunvegna

---

<sup>2</sup> collecziun da las basas legalas da la CDEP, cifra 3.1



interchantunala davart las scolas autas spezialisadas (CSAS) dals 12 da zercladur 2003<sup>3</sup>.

## **V. Protecziun dals titels**

*Art. 12 Protecziun da las designaziuns e dals titels*

<sup>1</sup>La protecziun da las designaziuns da scola auta sa drizza tenor l'artitgel 62 LASA.

<sup>2</sup>Tgi che porta in titel ch'è protegì sin basa dal dretg chantunal u interchantunal, senza ch'el haja fatg il certificat da scolaziun respectiv renconuschì, u tgi che fa diever d'in titel che dat l'impressiun ch'el haja acquistà in certificat da scolaziun renconuschì, vegn chastia cun multa. Tgi che agescha per negligentscha, vegn chastia. La persecuziun penala è chaussa dals chantuns.

## **VI. Disposiziuns finalas**

*Art. 13 Execuziun*

<sup>1</sup>La gestiun en l'execuziun da questa cunvegna è chaussa dal secretariat general da la CDEP. Integrond las scheffas ed ils schefs responsabels dals uffizis chantunals liquidescha el las lavurs currentas da la conferenza dals chantuns da cunvegna sco er las ulteriuras fatschentas da la politica da scola auta da la CDEP, uschenavant che quellas na suttastattan betg ad autras cumpetenzas, ed el collavura cun l'uffizi federal competent.

---

<sup>3</sup> collecziun da las basas legalas da la CDEP, cifra 3.3

<sup>2</sup>La collavuraziun cun l'uffizi federal cumpetent tar la gestiun per il cussegl da scola auta da la conferenza universitara svizra vegn fatga sur las scheffas responsablas ed ils schefs responsabels dals uffizis chantunals ch'èn represchentads en il cussegl da scola auta e sur ina represchentanza dals secretariat general da la CDEP.

<sup>3</sup>Il custs da las activitads per la cunvegna vegnan repartids tranter ils chantuns da cunvegna a norma dal dumber da lur abitantas ed abitants cun resalva da l'artitgel 8.

#### *Art. 14 Regulaziun da dispitas*

<sup>1</sup>En cas da dispitas che resultan dal concordat da scola auta qua avant maun vegn applitgada la procedura per reglar dispitas tenor la cunvegna da basa per la collavuraziun interchantunala cun gulivaziun da las grevezzas (CBI) dals 24 da zercladur 2005.

<sup>2</sup>Sche la dispita na po betg vegnir reglada, decida – sin fundament d'in plant – il tribunal federal tenor l'artitgel 120 alinea 1 litera b da la lescha federala davart il tribunal federal<sup>4</sup>.

#### *Art. 15 Participaziun*

La participaziun a questa cunvegna vegn declarada a la suprastanza da la conferenza svizra dals directurs chantunals da l'educaziun publica.

#### *Art. 16 Extradada*

<sup>1</sup>L'extrada da questa cunvegna sto vegnir declarada a la suprastanza da la conferenza svizra dals directurs chantunals

---

<sup>4</sup> lescha federala dals 17 zercladur 2005 davart il tribunal federal (lescha davart il tribunal federal, LTF); CS 173.110

da l'educaziun publica. Ella entra en vigur a la fin dal terz onn chalendar che suonda la decleraziun d'extrada.

<sup>2</sup>Cun l'extrada valan er tut las autras cunvegna tenor l'artitgel 4 sco desditgas per il termin da l'entrada en vigur da l'extrada.

*Art. 17 Entrada en vigur*

<sup>1</sup>La suprastanza da la conferenza svizra dals directurs chantunals da l'educaziun publica decida davart l'entrada en vigur da la cunvegna, sche almain 14 chantuns èn sa participads, dals quals almain otg fan part dal concordat interchantunal davart la coordinaziun universitara dals 9 da december 1999. Questa cunvegna entra però en vigur il pli baud sin il termin da l'entrada en vigur da la LASA.

<sup>2</sup>Sia entrada en vigur sto vegnir communitgada a la confederaziun.

Berna, ils 20 da zercladur 2013

En num da la conferenza svizra  
dals directurs chantunals da l'educaziun publica

La presidenta:  
Isabelle Chassot

Il secretari general:  
Hans Ambühl

## Agiunta

*Represchentanza en il cussegl da scola auta tenor l'artitgel 6 ed attribuziun da puncts tar la valitaziun da las vuschs en cas da conclus dal cussegl da scola auta tenor l'artitgel 7*

La calculaziun dals puncts vegn fatga mintga 2 onns sin basa da las valurs medias dals onns precedents. La conferenza dals chantuns da cunvegna publitgescha la repartiziun mintgamai actuala en questa agiunta da la cunvegna. Ils puncts enumerads qua sutvart sa basan sin la media dals dumbers da studentas e da students dals onns 2010/2011 e 2011/2012 (funtauna: uffizi federal da statistica) sco er sin las indicaziuns dals chantuns.

*Represchentanza en il cussegl da scola auta e repartiziun dals puncts*

### 1. Represchentanza dals chantuns universitars en il cussegl da scola auta

**Puncts**

---

<b>Turitg:</b> Universitad da Turitg, Scola auta spezialisada turitgaisa, Scola auta da pedagogia da Turitg, Scola auta interchantunala da pedagogia curativa	<b>42</b>
---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------

---

<b>Berna:</b> Universitad da Berna, Scola auta spezialisada bernaisa, Scola auta da pedagogia da Berna, lieus da scolaziun da la Haute école pédagogique BEJUNE en il chantun Berna	<b>22</b>
-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------

---

<b>Vad:</b> Universitad da Losanna, Haute école pédagogique du canton de Vaud, lieus da scolaziun da la Haute école spécialisée de Suisse occidentale en il chantun Vad	<b>19</b>
-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------

---

<b>Genevra:</b> Universitad da Genevra, lieus da scolaziun da la Haute école spécialisée de Suisse occidentale en il chantun Genevra	<b>18</b>
--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------

---

<b>Basilea-Citad:</b> Universitad da Basilea, lieu da scolaziun da la Scola auta spezialisada da la Svizra dal nordvest en il chantun Basilea-Citad	<b>15</b>
-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------

---

<b>Friburg:</b> Universitad da Friburg, Scola auta da pedagogia da Friburg, lieus da scolaziun da la Haute école spécialisée de Suisse occidentale en il chantun Friburg	11
<b>Son Gagl:</b> Universitad da Son Gagl, Scola auta da pedagogia dal chantun Son Gagl, lieus da scolaziun da la Scola auta spezialisada da la Svizra orientala en il chantun Son Gagl	11
<b>Lucerna:</b> Universitad da Lucerna, lieus da scolaziun da la Scola auta spezialisada da la Svizra centrala (Scola auta da Lucerna) en il chantun Lucerna, Scola auta da pedagogia da Lucerna (a partir da l'onn 2013)	9
<b>Neuchâtel:</b> Universitad da Neuchâtel, lieus da scolaziun da la Haute école spécialisée de Suisse occidentale en il chantun Neuchâtel, lieus da scolaziun da la Haute école pédagogique BEJUNE en il chantun Neuchâtel	6
<b>Tessin:</b> Universitad dal Tessin, Scuola universitaria professionale della Svizzera italiana	6

## 2. Ulteriuras represchantanzas en il cussegl da scola auta tenor l'artitgel 6 alinea 3

Tenor l'artitgel 6 alinea 3 elegia la conferenza dals chantuns da cunvegna mintgamai per 4 onns quels quatter chantuns purtaders che han in sez en il cussegl da scola auta. Sin basa da questa disposiziun pon vegnir elegids en il cussegl da scola auta las directuras ed ils directurs da l'educaziun publica dals purtaders da las suandantas scolas autas:

- Scola auta da pedagogia dal Vallais
- Scola auta da pedagogia dal Grischun
- Scola auta da pedagogia da Turgovia
- Scola auta da pedagogia da Schaffusa
- Scola auta da pedagogia da Sviz (a partir da l'onn 2013)
- Scola auta da pedagogia da Zug (a partir da l'onn 2013)
- lieus da scolaziun da la Haute école pédagogique BEJUNE en il chantun Giura

- lieus da scolaziun da la Scola auta spezialisada da la Svizra dal nordvest en ils chantuns Argovia, Basilea-Champagna, Soloturn
- lieus da scolaziun da la Haute école spécialisée de Suisse occidentale en ils chantuns Vallais e Giura
- lieus da scolaziun da la Scola auta spezialisada da la Svizra orientala en il chantun Grischun

Il dumber da studentas e da students da tut las scolas autas correspunda ad in total da 170 puncts. Da quels tutgan 11 puncts a las scolas autas enumeradas sut la cifra 2 da l'aggiunta.

## **Accordo intercantonale nel settore delle scuole universitarie svizzere (concordato sulle scuole universitarie)**

del 20 giugno

La Conferenza svizzera dei direttori cantonali della pubblica educazione (CDPE), visto l'articolo 63° capoversi 3 e 4 della Costituzione federale (Cost.), decide:

### **I. Disposizioni generali**

#### *Art. 1 Scopo*

L'accordo regola la collaborazione dei Cantoni concordatari tra di loro e con la Confederazione per il coordinamento esercitato nel settore universitario svizzero. In particolare esso crea le basi necessarie per realizzare assieme alla Confederazione i compiti comuni definiti dalla legge federale sulla promozione e sul coordinamento nel settore universitario svizzero (LPSU)<sup>1</sup>, per:

- a. assicurare il coordinamento, la qualità e la competitività del settore universitario svizzero, segnatamente creando degli organi comuni;
- b. regolamentare la garanzia della qualità e l'accreditamento;
- c. garantire la ripartizione dei compiti in settori con costi particolarmente onerosi;
- d. attuare gli obiettivi definiti all'articolo 3 LPSU.

---

<sup>1</sup> Legge federale del 30 settembre 2011 sulla promozione e sul coordinamento del settore universitario (LPSU)

## *Art. 2 Cantoni concordatari*

<sup>1</sup>I Cantoni concordatari sono membri della Conferenza svizzera delle scuole universitarie e partecipano, insieme alla Confederazione, al coordinamento del settore universitario.

<sup>2</sup>È considerato Cantone universitario un Cantone che è responsabile di una scuola universitaria riconosciuta o di un istituto definito dall'articolo 3 lettera d.

## *Art. 3 Campo di applicazione*

L'accordo si applica a

- a. università cantonali e intercantonali,
- b. scuole universitarie professionali (SUP) cantonali e intercantonali,
- c. alte scuole pedagogiche (ASP) cantonali e intercantonali, e
- d. istituti cantonali con un insegnamento di livello universitario, attivi nell'ambito della formazione di base e riconosciuti dalla Confederazione come aventi diritto ai contributi.

## *Art. 4 Collaborazione con la Confederazione*

<sup>1</sup>Per adempiere ai loro compiti, i Cantoni concordatari concludono con la Confederazione una convenzione sulla cooperazione, conformemente all'articolo 6 LPSU.

<sup>2</sup>La Conferenza dei Cantoni concordatari può stipulare con la Confederazione altre convenzioni per raggiungere gli obiettivi descritti all'articolo 1.

<sup>3</sup>Nel caso di mancata conclusione o di abrogazione della convenzione sulla cooperazione, i Cantoni concordatari attuano le misure necessarie per coordinare la loro politica universitaria.



## II. Organi comuni

### Art. 5 *Principio*

<sup>1</sup>Per il tramite della convenzione sulla cooperazione, i Cantoni concordatari e la Confederazione creano gli organi previsti dalla LPSU per il coordinamento congiunto nel settore delle scuole universitarie.

<sup>2</sup>La Conferenza svizzera delle scuole universitarie è l'organo comune tra la Confederazione e i Cantoni.

<sup>3</sup>Gli altri organi comuni sono i seguenti:

- a. la Conferenza svizzera dei rettori delle scuole universitarie;
- b. il Consiglio svizzero di accreditamento e l'Agenzia svizzera di accreditamento e di garanzia della qualità.

<sup>4</sup>Le competenze, l'organizzazione e le procedure decisionali degli organi comuni sono disciplinate dalla LPSU e dalla convenzione sulla cooperazione.

### Art. 6 *Conferenza svizzera delle scuole universitarie*

<sup>1</sup>La Conferenza svizzera delle scuole universitarie è l'organo superiore in materia di politica universitaria. Sia come Assemblea plenaria sia come Consiglio delle scuole universitarie vigila al coordinamento delle attività della Confederazione e dei Cantoni nel settore universitario nei limiti delle competenze e delle procedure definite dalla LPSU.

<sup>2</sup>Le direttrici e i direttori della pubblica educazione dei Cantoni concordatari sono membri dell'Assemblea plenaria della Conferenza svizzera delle scuole universitarie.

<sup>3</sup>Le direttrici e i direttori cantonali della pubblica educazione dei dieci Cantoni universitari che hanno aderito al concordato intercantonale del 9 dicembre 1999 sulla coordinazione universitaria siedono nel Consiglio delle scuole universitarie. La Conferenza dei Cantoni concordatari designa ogni quattro anni le direttrici e i direttori della pubblica educazione di quattro Cantoni responsabili di una scuola universitaria che entrano a

fare parte del Consiglio delle scuole universitarie. Le scuole universitarie rappresentate per il tramite dei membri del Consiglio ed i punti per la ponderazione dei voti sono specificati nell'allegato.

<sup>4</sup>Le direttrici e i direttori della pubblica educazione esercitano personalmente il loro mandato. Nell'impossibilità di partecipare essi possono farsi sostituire, in casi motivati, da una persona con diritto di voto.

*Art. 7 Ponderazione dei voti per le decisioni del Consiglio delle scuole universitarie*

Nell'intento di ponderare i voti per le decisioni del Consiglio delle scuole universitarie, conformemente all'articolo 17 LPSU, a ogni membro cantonale del Consiglio delle scuole universitarie è attribuito un numero di punti proporzionale al numero di studenti immatricolati che seguono gli studi sul territorio del Cantone in scuole universitarie cantonali, in scuole universitarie intercantionali o in un loro istituto membro. I membri del Consiglio ottengono come minimo un punto. L'attribuzione dei punti è precisata nell'allegato.

*Art. 8 Finanziamento degli organi comuni*

<sup>1</sup>I Cantoni concordatari partecipano al massimo al 50% dei costi della Conferenza svizzera delle scuole universitarie, conformemente all'articolo 9 capoverso 2 LPSU.

<sup>2</sup>La partecipazione prevista al capoverso 1 è finanziata dai Cantoni concordatari secondo la seguente ripartizione:

- a. una metà in proporzione alla loro popolazione;
- b. l'altra metà dagli enti responsabili di una scuola universitaria, proporzionalmente al numero di studenti che rappresentano.

<sup>3</sup>Gli enti responsabili di una scuola universitaria partecipano al massimo al 50%, proporzionalmente al numero di studenti che rappresentano,

- a. ai costi della Conferenza dei rettori che derivano dall'assunzione dei compiti previsti dalla LPSU,
- b. e ai costi del Consiglio svizzero di accreditamento e dell'Agenzia d'accREDITAMENTO, solo se i costi non sono coperti dagli emolumenti previsti dall'articolo 35 capoverso 1 LPSU.

<sup>4</sup>Enti responsabili con diversi Cantoni regolano liberamente come ripartire questi costi tra i Cantoni interessati.

<sup>5</sup>I principi in base ai quali la Conferenza svizzera delle scuole universitarie regola l'assunzione dei costi della Conferenza dei rettori, sono indicati nella convenzione sulla cooperazione.

### **III. Conferenza dei Cantoni concordatari**

#### *Art. 9 Composizione e organizzazione*

<sup>1</sup>La Conferenza dei Cantoni concordatari è composta dai direttori e dalle direttrici della pubblica educazione dei Cantoni che hanno aderito all'accordo. Essa si costituisce in modo autonomo.

<sup>2</sup>Essa prende le decisioni di sua competenza con la maggioranza dei due terzi dei membri presenti.

#### *Art. 10 Compiti e competenze*

<sup>1</sup>La Conferenza dei Cantoni concordatari è responsabile dell'esecuzione dell'accordo. Essa ha, in particolare, la competenza di concludere delle convenzioni in base all'articolo 4 capoversi 1 e 2, di decidere sulle misure in base all'articolo 4 capoverso 3 e di fissare ogni due anni i punti di ponderazione dei voti in seno al Consiglio delle scuole universitarie, conformemente all'articolo 7.

<sup>2</sup>Per l'elezione alla vicepresidenza essa propone all'Assemblea plenaria della Conferenza svizzera delle scuole universitarie due direttori o direttrici della pubblica educazione.

#### **IV. Finanziamento intercantonale delle scuole universitarie**

##### *Art. 11 Contributi intercantionali alle scuole universitarie*

I contributi intercantionali alle scuole universitarie sono versati sulla base dell'accordo intercantonale del 20 febbraio 1997 sulle università (AIU)<sup>2</sup> e dell'accordo intercantonale del 12 giugno 2003 sulle scuole universitarie professionali (ASUP)<sup>3</sup>.

#### **V. Protezione dei titoli**

##### *Art. 12 Protezione delle denominazioni e dei titoli*

<sup>1</sup>La protezione della denominazione di scuola universitaria è assicurata conformemente all'articolo 62 LPSU.

<sup>2</sup>Chiunque porti un titolo protetto dal diritto cantonale o intercantonale senza possedere i diplomi riconosciuti che conferiscono tale titolo o chiunque si serva di un titolo, lasciando supporre di aver ottenuto un diploma riconosciuto, è punito con una multa. La negligenza è punibile. Il perseguimento penale è di competenza dei Cantoni.

#### **VI. Disposizioni finali**

##### *Art. 13 Esecuzione*

<sup>1</sup>La gestione degli affari relativi all'esecuzione dell'accordo è di competenza del Segretariato generale della CDPE. Esso cura, in collaborazione con i responsabili dei servizi cantonali coinvolti, gli affari correnti della Conferenza dei Cantoni concordatari, come pure gli altri oggetti della politica universitaria della

---

<sup>2</sup> Raccolta delle basi giuridiche della CDPE, cifra 3.1

<sup>3</sup> Raccolta delle basi giuridiche della CDPE, cifra 3.3

CDPE, fintanto la competenza non spetti ad altri, e collabora con l'ufficio federale competente.

<sup>2</sup>La collaborazione con il citato ufficio federale per la gestione degli affari del Consiglio delle scuole universitarie è assicurata dai responsabili dei servizi cantonali rappresentati nel Consiglio e da una persona del Segretariato generale della CDPE.

<sup>3</sup>I costi generati dall'attuazione dell'accordo sono ripartiti tra i Cantoni concordatari in funzione della loro popolazione con riserva dell'articolo 8.

#### *Art. 14 Risoluzione delle controversie*

<sup>1</sup>Le controversie generate dal presente accordo vengono affrontate seguendo la procedura prevista dalla convenzione quadro del 24 giugno 2005 per la collaborazione intercantonale con compensazione degli oneri (CQI).

<sup>2</sup>Se la controversia non può essere risolta, il Tribunale federale decide in applicazione dell'articolo 120 capoverso 1 lettera b della legge sul Tribunale federale<sup>4</sup>.

#### *Art. 15 Adesione*

L'adesione al presente accordo deve essere dichiarata al Comitato della Conferenza svizzera dei direttori cantonali della pubblica educazione (CDPE).

#### *Art. 16 Revoca*

<sup>1</sup>La revoca dell'adesione all'accordo deve essere dichiarata al Comitato della CDPE. Essa entra in vigore alla fine del terzo anno civile dopo la dichiarazione ufficiale.

<sup>2</sup>In concomitanza con l'entrata in vigore della revoca, anche tutte le convenzioni in base all'articolo 4 sono revocate.

---

<sup>4</sup> Legge del 17 giugno 2005 sul Tribunale federale (LTF); RS 173.110

*Art. 17 Entrata in vigore*

<sup>1</sup>Il Comitato della CDPE decide sull'entrata in vigore del presente accordo quando almeno 14 Cantoni vi avranno aderito, fra cui almeno 8 Cantoni firmatari del concordato inter-cantonale del 9 dicembre 1999 sulla collaborazione universitaria. La messa in vigore può comunque subentrare al più presto al momento dell'entrata in vigore della LPSU.

<sup>2</sup>L'entrata in vigore viene comunicata alla Confederazione.

Berna, il 20 giugno 2013

In nome della Conferenza svizzera dei direttori cantonali della pubblica educazione

La presidente:  
Isabelle Chassot

Il segretario generale:  
Hans Ambühl

## Allegato

*Rappresentanza in seno al Consiglio delle scuole universitarie, conformemente all'articolo 6, e attribuzione dei punti per la ponderazione dei voti per le decisioni del citato Consiglio, conformemente all'articolo 7*

I punti sono calcolati ogni due anni in base alla media degli anni precedenti. La Conferenza dei Cantoni concordatari pubblica il risultato del calcolo attualizzando quest'allegato dell'accordo. I punti indicati qui di seguito sono basati sulla media degli studenti effettivi 2010/2011 e 2011/2012 (fonte: Ufficio federale di statistica) e sulle indicazioni fornite dai Cantoni.

*Rappresentanza nel Consiglio delle scuole universitarie e attribuzione dei punti*

<b>1. Rappresentanza dei Cantoni universitari nel Consiglio delle scuole universitarie</b>	<b>Punti</b>
<hr/> <b>Zurigo:</b> Università di Zurigo, Scuola universitaria professionale zurighese, Alta scuola pedagogica di Zurigo, Scuola universitaria intercantonale di pedagogia speciale	<b>42</b>
<hr/> <b>Berna:</b> Università di Berna, Scuola universitaria professionale bernese, Alta scuola pedagogica di Berna (tedesco), istituti membri dell'Alta scuola pedagogica BEJUNE situati nel Cantone di Berna	<b>22</b>
<hr/> <b>Vaud:</b> Università di Losanna e Alta scuola pedagogica del Cantone di Vaud, istituti membri della Scuola universitaria professionale della Svizzera occidentale situati nel Cantone di Vaud	<b>19</b>
<hr/> <b>Ginevra:</b> Università di Ginevra, istituti membri della Scuola universitaria professionale della Svizzera occidentale situati nel Cantone di Ginevra	<b>18</b>
<hr/>	

<b>Basilea-Città:</b> Università di Basilea, istituti membri della Scuola universitaria professionale della Svizzera nord-occidentale situati nel Cantone di Basilea-Città	<b>15</b>
<b>Friburgo:</b> Università di Friburgo, Alta scuola pedagogica friborghese e istituti membri della Scuola universitaria professionale della Svizzera occidentale situati nel Cantone di Friburgo	<b>11</b>
<b>San Gallo:</b> Università di San Gallo, Alta scuola pedagogica del Cantone di San Gallo, istituti membri della Scuola universitaria professionale della Svizzera orientale situati nel Cantone di San Gallo	<b>11</b>
<b>Lucerna:</b> Università di Lucerna, istituti membri della Scuola universitaria professionale della Svizzera centrale situati nel Cantone di Lucerna (Alta scuola di Lucerna), Alta scuola pedagogica di Lucerna (a partire dal 2013)	<b>9</b>
<b>Ticino:</b> Università della Svizzera italiana, Scuola universitaria professionale della Svizzera italiana	<b>6</b>
<b>Neuchâtel:</b> Università di Neuchâtel, istituti membri della Scuola universitaria professionale della Svizzera occidentale situati nel Cantone di Neuchâtel, istituti membri dell'Alta scuola pedagogica BEJUNE situati nel Cantone di Neuchâtel	<b>6</b>

## **2. Ulteriori rappresentanze nella Conferenza svizzera delle scuole universitarie secondo l'articolo 6 capoverso 3**

Secondo l'articolo 6 capoverso 3 la Conferenza dei Cantoni concordatari elegge ogni quattro anni quattro Cantoni titolari di scuole universitarie che siedono nel Consiglio delle scuole universitarie. Sono tenuti in considerazione i direttori e le direttrici della pubblica educazione dei Cantoni titolari delle seguenti scuole:



- Alta scuola pedagogica Vallese
- Alta scuola pedagogica Grigioni
- Alta scuola pedagogica Turgovia
- Alta scuola pedagogica Sciaffusa
- Alta scuola pedagogica Svitto (dal 2013)
- Alta scuola pedagogica Zugo (dal 2013)
- Istituti membri dell'alta scuola pedagogica BEJUNE situati nel Cantone del Giura
- Istituti membri della Scuola universitaria professionale della Svizzera nord-occidentale situati nei Cantoni di Argovia, Basilea-Campagna e Soletta
- Istituti membri della Scuola universitaria professionale della Svizzera occidentale situati nei Cantoni del Vallese e del Giura
- Istituti membri della Scuola universitaria professionale della Svizzera orientale situati nel Cantone dei Grigioni

Il numero di studenti di tutte le scuole universitarie corrisponde ad un totale di 170 punti. Di questi ne vengono assegnati 11 alle scuole menzionate alla cifra 2 dell'allegato.





## KOMMENTAR

### zu den einzelnen Bestimmungen der Interkantonalen Vereinbarung über den schweizerischen Hochschulbereich (Hochschul Konkordat) vom 20. Juni 2013

#### Interkantonale Vereinbarung über den schweizerischen Hochschulbereich (Hochschul Konkordat) vom 20. Juni 2013

Die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK), gestützt auf Artikel 63a Absätze 3 und 4 der Schweizerischen Bundesverfassung (BV), beschliesst:

Seitens der Kantone ist als Ermächtigungsgrundlage für den Abschluss der Zusammenarbeitsvereinbarung mit dem Bund ein neues Hochschul Konkordat erforderlich. Die Interkantonale Vereinbarung über den schweizerischen Hochschulbereich (Hochschul Konkordat) ist ein rechtsetzender Vertrag zwischen Kantonen im Sinne von Artikel 48 der Bundesverfassung (BV). Sie hat denselben formalrechtlichen Rang wie das Konkordat über die Schulkoordination vom 29. Oktober 1970 (Schul Konkordat 1970), die Interkantonale Vereinbarung über die Diplomanerkennung (1993) oder die Vereinbarungen über die Hochschulfinanzierung (IUUV 1997 bzw. FHV 2003).

Obwohl es sich beim Hochschul Konkordat nicht um einen interkantonalen Zusammenarbeitsvertrag mit Lastenausgleich handelt, wird im Hochschul Konkordat mit Bezug auf ein allfälliges Streitbeilegungsverfahren die direkte Anwendbarkeit der Rahmenvereinbarung für die interkantonale Zusammenarbeit mit Lastenausgleich (IRV) vom 24. Juni 2005 statuiert (Art. 48a Abs. 1 Bst. c BV in Verbindung mit dem Bundesgesetz über den Finanz- und Lastenausgleich vom 3. Oktober 2003, FiLaG). Der Einbezug der Parlamente der Vereinbarungskantone im Rahmen der kantonalen Entscheidungsprozesse richtet sich nach dem jeweiligen kantonalen Recht; angesichts der politischen Bedeutung der Tätigkeit der Schweizerischen Hochschulkonferenz sind die Vereinbarungskantone aber gehalten, die kantonalen Parlamente im Sinne der in der IRV verankerten Informationspflicht frühzeitig über wichtige Entwicklungen im Hochschulbereich zu informieren.

Sollten nicht alle Kantone dem Hochschul Konkordat beitreten, steht dem Bund die Möglichkeit offen, auf Antrag von mindestens 18 Kantonen das Verfahren für die Allgemeinverbindlichkeitserklärung des Hochschul Konkordats nach Artikel 14 FiLaG einzuleiten (Art. 48a BV, Art. 68 HFKG).

#### I. Allgemeine Bestimmungen

##### Art. 1 Zweck

Die Vereinbarung regelt die Zusammenarbeit der Vereinbarungskantone untereinander und mit dem Bund bei der Koordination im schweizerischen Hochschulbereich. Insbesondere schafft sie die Grundlage, um im Rahmen des Bundesgesetzes über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich (HFKG) gemeinsam mit dem Bund

- a. für die Koordination, die Qualität und die Wettbewerbsfähigkeit des gesamtschweizerischen Hochschulbereichs zu sorgen, namentlich durch die Einrichtung gemeinsamer Organe;

<sup>1</sup>Bundesgesetz über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich vom 30. September 2011

- b. die Qualitätssicherung und die Akkreditierung zu regeln;
- c. die Aufgabenteilung in besonders kostenintensiven Bereichen zu gewährleisten;
- d. die in Artikel 3 HFKG definierten Ziele umzusetzen.

Die Interkantonale Vereinbarung über den schweizerischen Hochschulbereich (Hochschulkonkordat) schafft auf Seiten der Kantone die rechtliche Grundlage, damit im Rahmen der Zusammenarbeitsvereinbarung zwischen Bund und Kantonen bestimmte Aufgaben im Bereich der Koordination und der Qualitätssicherung im schweizerischen Hochschulbereich an gemeinsame Organe, namentlich die Schweizerische Hochschulkonferenz, delegiert werden können. Gemäss Artikel 63a BV bestimmt das Bundesgesetz über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich (HFKG), auf welche Weise die Koordination und die Qualitätssicherung erfolgen sollen. Deshalb stellt das HFKG nicht nur den Rahmen für die Erfüllung dieser Aufgabe, sondern auch den Rahmen der Regelungen im Hochschulkonkordat dar. Das im Hochschulkonkordat begründete Einverständnis der Kantone ist Voraussetzung für das Zustandekommen und Funktionieren der gemeinsamen Organe.

Der *Zweckartikel* ist das Spiegelbild des Zweckartikels von Artikel 1 HFKG. So nimmt Artikel 1 Hochschulkonkordat den Hauptzweck des HFKG auf, nämlich die Schaffung eines wettbewerbsfähigen und koordinierten Hochschulraums Schweiz von hoher Qualität. Damit wird – wie beim HFKG – auch im Hochschulkonkordat klar zum Ausdruck gebracht, dass es um den gesamtschweizerischen Hochschulbereich und nicht um die Regelung der einzelnen Hochschule geht; dies ist nach wie vor Sache der Trägergemeinwesen. Aus dieser Zwecksetzung, welche auf das gesamte Hochschulsystem bezogen ist, ergeben sich gleichzeitig auch die wichtigsten Ziele des gemeinsamen Handelns von Bund und Kantonen. So erklären sich die Kantone mit dem Zweckartikel bereit, zusammen mit dem Bund für die Koordination, die Qualität und die Wettbewerbsfähigkeit des schweizerischen Hochschulbereichs zu sorgen, die Qualität über die institutionelle Akkreditierung der Hochschulen zu sichern und die Aufgabenteilung in besonders kostenintensiven Bereichen zu gewährleisten.

Mit dem Verweis auf Artikel 3 HFKG wird für das Hochschulkonkordat der im HFKG definierte Zielkatalog übernommen:

- Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für eine Lehre und Forschung von hoher Qualität;
- Schaffung eines Hochschulraums mit gleichwertigen, aber andersartigen Hochschultypen;
- Förderung der Profilbildung der Hochschulen und des Wettbewerbs, insbesondere im Forschungsbereich;
- Gestaltung einer kohärenten schweizerischen Hochschulpolitik in Abstimmung mit der Forschungs- und Innovationsförderungs politik des Bundes;
- Durchlässigkeit und Mobilität zwischen den Hochschulen;
- Vereinheitlichung der Studienstrukturen, der Studienstufen und ihrer Übergänge sowie gegenseitige Anerkennung der Abschlüsse;
- Finanzierung der Hochschulen nach einheitlichen und leistungsorientierten Grundsätzen;
- gesamtschweizerische hochschulpolitische Koordination und Aufgabenteilung in besonders kostenintensiven Bereichen;
- Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen bei Dienstleistungen und Angeboten im Weiterbildungsbereich von Institutionen des Hochschulbereichs gegenüber Anbietern der höheren Berufsbildung.

Der im HFKG definierte Zielkatalog konkretisiert die generelle Zwecksetzung. Es handelt sich um diejenigen Ziele, die Bund und Kantone als wichtigste Ziele für den Hochschulraum Schweiz definieren und im Rahmen ihrer Zusammenarbeit gemeinsam verfolgen, indem sie ihre Koordinationskompetenzen in gemeinsamen Organen, insbesondere der Schweizerischen Hochschulkonferenz, wahrnehmen. Die Ziele stehen daher auch im Zusammenhang mit den Kompetenzen der gemeinsamen Organe. Am Grad der

Verwirklichung dieser hochschulpolitischen Ziele soll das Gelingen des Hochschulraumes Schweiz gemessen werden. Für den Fall, dass die Ziele nicht erreicht werden, sieht die Bundesverfassung eine subsidiäre Bundeskompetenz vor. Gelingt die von der Verfassung angestrebte Koordination des Bildungsraumes Schweiz nicht oder nicht in genügendem Ausmass, so werden dem Bund, als grundlegende Neuerung, nach Bildungsstufen differenzierte, sachlich beschränkte subsidiäre Bundeskompetenzen eingeräumt. So übernimmt Artikel 63a Absatz 5 BV das System mit beschränkten subsidiären Bundeskompetenzen von Artikel 62 Absatz 4 (Schulwesen) in den Hochschulbereich.

Die Auslegung und Konkretisierung der gemeinsamen Ziele liegt in der Kompetenz der gemeinsamen Organe, insbesondere der Schweizerischen Hochschulkonferenz. Aus den einzelnen Zielsetzungen lassen sich einerseits noch keine direkten Entscheidungskompetenzen der gemeinsamen Organe und andererseits auch keine Rechtsansprüche von Hochschulen ableiten. Es ergeben sich daraus aber wichtige Leitlinien für das gemeinsame Handeln, so mit der Beschränkung auf die Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für eine Lehre und Forschung von hoher Qualität oder mit der Konzentration auf die Förderung der Profilbildung und der Wettbewerbsfähigkeit unter den Hochschulen, mit der Schwerpunktbildung und Konzentration von Angeboten wie mit der Forderung nach möglichst hoher Kohärenz in der Hochschul-, Forschungs- und Innovationspolitik. Diese Ziele wiederum haben einen direkten Bezug zur Ausrichtung der gesamtschweizerischen hochschulpolitischen Planung, die in Artikel 36 HFKG definiert ist. Die Hervorhebung der Durchlässigkeit und Mobilität innerhalb und zwischen den Hochschulen ist Ausdruck der verfassungsmässigen Verpflichtung zur Schaffung von Durchlässigkeit im gesamten Bildungsraum Schweiz (Art. 61a BV). Gleichzeitig ist es auch ein wichtiges Anliegen, dass Wettbewerbsverzerrungen zwischen dem Tertiär-A- und dem Tertiär-B-Bereich vermieden werden.

#### **Art. 2 Vereinbarungskantone**

<sup>1</sup>Die Vereinbarungskantone sind Mitglieder der Schweizerischen Hochschulkonferenz und auf diese Weise gemeinsam mit dem Bund an der Koordination im Hochschulbereich beteiligt.

<sup>2</sup>Sie sind Hochschulkantone, sofern sie Träger einer anerkannten Hochschule oder einer Institution gemäss Artikel 3 Buchstabe d sind.

Das Hochschul Konkordat definiert die Vereinbarungskantone in ihrer unterschiedlichen Funktion:

- alle Kantone, die dem Hochschul Konkordat beigetreten sind, sind in ihrer Funktion als Vereinbarungskantone Mitglieder der Schweizerischen Hochschulkonferenz;
- diejenigen Kantone, die Träger bzw. Mitträger einer anerkannten Hochschule oder einer vom Bund als beitragsberechtigt anerkannten Institution der Hochschullehre im Bereich der Grundausbildung sind, fallen zusätzlich unter die Definition Hochschulkanton.

*Artikel 2 Absatz 1 Hochschul Konkordat* bezieht sich auf die Rolle, welche die Bundesverfassung und das HFKG den Kantonen auf gesamtschweizerischer Ebene zuweisen, nämlich die gemeinsame Koordination und Gewährleistung der Qualitätssicherung im Hochschulbereich. Dem vorliegenden Hochschul Konkordat können somit alle Kantone unabhängig von der Frage einer Hochschulträgerschaft beitreten. Dies im Gegensatz zum geltenden Interkantonalen Konkordat über universitäre Koordination vom 9. Dezember 1999, dem ausschliesslich Universitätskantone beitreten konnten.

*Absatz 2* bezieht sich auf die zweite Funktion der Kantone: die Verantwortung für ihre Hochschulen als deren Träger. Heute sind alle Kantone in unterschiedlicher Weise an Trägerschaften von Hochschulen beteiligt, sei es im Rahmen eines Konkordats oder als selbstständige Träger. Als Vertreter der Hochschulträgerschaften nehmen 14 Kantone Einsitz im Hochschulrat (Artikel 12 HFKG). Nach welchen Kriterien die Vertretung der Kantone im Hochschulrat erfolgt, regelt das Hochschul Konkordat in Artikel 6 Absatz 3.

*Information der kantonalen Parlamente:* In Ergänzung zu den allgemeinen Informationsrechten der zuständigen Parlamentskommissionen von Nationalrat und Ständerat gegenüber dem Bundesrat statuiert Artikel 18 HFKG eine allgemeine Informationspflicht des Bundesrates bezüglich der «wichtigen Entwicklungen in der schweizerischen Hochschulpolitik». Die Stellung der kantonalen Parlamente bei der interkantonalen Zusammenarbeit im Hochschulbereich richtet sich sinngemäss nach Artikel 4 der Rahmenvereinbarung für die interkantonale Zusammenarbeit mit Lastenausgleich (IRV) vom 24. Juni 2005. Angesichts der Tragweite der Geschäfte und Kompetenzen der Schweizerischen Hochschulkonferenz ist es von erheblicher politischer Bedeutung, dass die kantonalen Parlamente – ebenso wie die Bundesversammlung – frühzeitig über wichtige Entwicklungen im Hochschulbereich informiert werden und dazu eine Aussprache führen können. Dieser Einbezug der Parlamente ist auch Ausfluss der Forderung nach einer stärkeren demokratischen Legitimierung der schweizerischen Hochschulpolitik.

#### **Art. 3 Geltungsbereich**

Die Vereinbarung ist anwendbar auf

- a. kantonale und interkantonale Universitäten,
- b. kantonale und interkantonale Fachhochschulen und
- c. kantonale und interkantonale Pädagogische Hochschulen sowie
- d. von den Kantonen geführte Institutionen der Hochschullehre im Bereich der Grundausbildung, die vom Bund als beitragsberechtigt anerkannt sind.

Die Koordination und die Qualitätssicherung, welche die Kantone gemeinsam mit dem Bund in der Schweizerischen Hochschulkonferenz sicherzustellen haben, erstreckt sich auf die kantonalen und interkantonalen Universitäten, Fachhochschulen und Pädagogischen Hochschulen sowie Institutionen der Hochschullehre im Bereich der Grundausbildung mit kantonalen oder interkantonalen Trägerschaft, die vom Bund als beitragsberechtigt anerkannt sind.

#### **Art. 4 Zusammenarbeit mit dem Bund**

<sup>1</sup>Die Vereinbarungskantone schliessen mit dem Bund zur Erfüllung der gemeinsamen Aufgaben eine Zusammenarbeitsvereinbarung gemäss Artikel 6 HFKG ab.

<sup>2</sup>Die Konferenz der Vereinbarungskantone kann zur Erreichung des in Artikel 1 umschriebenen Zwecks mit dem Bund weitere Vollzugsvereinbarungen abschliessen.

<sup>3</sup>Wird die Zusammenarbeitsvereinbarung nicht abgeschlossen oder aufgehoben, ergreifen die Vereinbarungskantone die nötigen Massnahmen, um die Koordination ihrer Hochschulpolitik zu gewährleisten.

Der Bund wird gestützt auf das HFKG und die Kantone werden gestützt auf das Hochschulkonkordat eine Zusammenarbeitsvereinbarung abschliessen, um damit die gemeinsamen Organe zu schaffen.

*Artikel 4 Absatz 1 Hochschulkonkordat* verweist diesbezüglich auf Artikel 6 HFKG, welcher die Regelung zur Zusammenarbeitsvereinbarung (Funktion, Inhalt, Status, Abschlussberechtigung) enthält. Die Zusammenarbeitsvereinbarung wird seitens der Kantone von der Konferenz der Vereinbarungskantone abgeschlossen, wie es in Artikel 10 des vorliegenden Konkordats geregelt ist. Die Konferenz der Vereinbarungskantone genehmigt zudem Änderungen der Zusammenarbeitsvereinbarung. Da es denkbar ist, dass für einzelne Geschäfte auf der Ebene des Vollzugs weitere Vereinbarungen erforderlich sind, erhält die Konferenz der Vereinbarungskantone in *Artikel 4 Absatz 2 Hochschulkonkordat* die Kompetenz zum Abschluss weiterer Vollzugsvereinbarungen, sofern diese zur Erreichung der in Artikel 1 definierten Ziele notwendig sind.

Käme die Zusammenarbeitsvereinbarung überhaupt nicht zustande, sei es, dass sie nicht vom Bund und der Konferenz der Vereinbarungskantone unterzeichnet oder dass sie aufgehoben würde, so wäre der vorgegebene gemeinsame Koordinationsweg gescheitert. Damit läge grundsätzlich ein Anwendungsfall der subsidiären Bundeskompetenz gemäss Artikel 63a Absatz 5 BV vor. Für diesen Fall bietet *Artikel 4 Absatz 3 Hochschulkonkordat* den Vereinbarungskantonen eine genügende Rechtsgrundlage, um die

notwendigen Massnahmen zur Koordination ihrer Hochschulpolitik ergreifen zu können. Zumindest bis zur Etablierung des massgebenden Bundesrechts ist damit die Koordination im Hochschulbereich, soweit sie in der Kompetenz der Kantone liegt, abgesichert.

## II. Gemeinsame Organe

### Art. 5 Grundsatz

<sup>1</sup>Die Vereinbarungskantone und der Bund schaffen mit der Zusammenarbeitsvereinbarung die im HFKG definierten Organe zur gemeinsamen Koordination im schweizerischen Hochschulbereich.

<sup>2</sup>Die Schweizerische Hochschulkonferenz ist das gemeinsame Organ von Bund und Kantonen.

<sup>3</sup>Im Weiteren bestehen folgende gemeinsame Organe:

- a. die Rektorenkonferenz der schweizerischen Hochschulen;
- b. der Schweizerische Akkreditierungsrat mit der Schweizerischen Agentur für Akkreditierung und Qualitätssicherung (Schweizerische Akkreditierungsagentur).

<sup>4</sup>Zuständigkeiten, Organisation und Beschlussverfahren der gemeinsamen Organe regeln das HFKG und die Zusammenarbeitsvereinbarung.

*Artikel 5 Hochschulkonkordat* bildet seitens der Kantone die rechtliche Grundlage zur Schaffung der im HFKG abschliessend benannten gemeinsamen Organe mit dem Bund. Im Hochschulkonkordat werden die gemeinsamen Organe definiert; für die Zuständigkeiten, die Organisation und die Beschlussverfahren wird aber auf das HFKG und die Zusammenarbeitsvereinbarung verwiesen. Gemäss Artikel 63a Absatz 4 BV regelt das HFKG die Zuständigkeiten, die den gemeinsamen Organen übertragen werden können, und legt die Grundsätze von Organisation und Verfahren der Koordination fest. In der Zusammenarbeitsvereinbarung können somit keine neuen Zuständigkeiten geschaffen und zudem nur untergeordnete Fragen der Organisation oder der Beschlussverfahren festgelegt werden.

### Art. 6 Schweizerische Hochschulkonferenz

<sup>1</sup>Die Schweizerische Hochschulkonferenz ist das oberste hochschulpolitische Organ der Schweiz. Sie sorgt als Plenarversammlung oder als Hochschulrat im Rahmen der im HFKG definierten Zuständigkeiten und Verfahren für die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich durch Bund und Kantone.

<sup>2</sup>Die Erziehungsdirektorinnen und Erziehungsdirektoren der Vereinbarungskantone sind Mitglieder der Plenarversammlung der Schweizerischen Hochschulkonferenz.

<sup>3</sup>Die zehn Erziehungsdirektorinnen oder Erziehungsdirektoren der Universitätskantone, welche dem Interkantonalen Konkordat über universitäre Koordination vom 9. Dezember 1999 beigetreten sind, haben Einsitz im Hochschulrat. Die Konferenz der Vereinbarungskantone wählt jeweils auf vier Jahre jene vier weiteren Trägerkantone, die im Hochschulrat ebenfalls Einsitz nehmen. Welche Hochschulen die Mitglieder des Hochschulrats vertreten und wie viele Punkte ihnen zugeteilt werden, ist im Anhang aufgeführt.

<sup>4</sup>Die Erziehungsdirektorinnen und Erziehungsdirektoren üben ihr Amt persönlich aus. Im Verhinderungsfall können sie in begründeten Fällen eine Vertretung bestimmen, die das Stimmrecht wahrnimmt.

*Artikel 6 Hochschulkonkordat* übernimmt die Definition der Schweizerischen Hochschulkonferenz gemäss Artikel 10ff. HFKG und verweist mit Bezug auf die Zuständigkeiten und Verfahren (Versammlungsformen, Zusammensetzung, Zuständigkeiten von Plenarversammlung und Hochschulrat und die jeweiligen Beschlussverfahren) direkt auf das HFKG.

*Artikel 6 Absatz 2 Hochschulkonkordat* regelt die Vertretung der Kantone in der Plenarversammlung analog Artikel 11 Absatz 1 Buchstabe b HFKG, gemäss welchem es sich bei der konkreten Vertretung um ein Mitglied der jeweiligen Regierung handeln muss. Das Hochschulkonkordat präzisiert, dass die Erziehungsdirektorinnen und Erziehungsdirektoren der Vereinbarungskantone Mitglieder der Plenarversammlung der Schweizerischen Hochschulkonferenz sind.

Gemäss Artikel 11 Absatz 1 Buchstabe b HFKG setzt sich die Plenarversammlung der Schweizerischen Hochschulkonferenz aus je einem Mitglied der Regierungen aller Kantone zusammen, während in Artikel 6 Absatz 2 des Hochschulkonkordats die Erziehungsdirektorinnen und Erziehungsdirektoren der Vereinbarungskantone Mitglieder der Plenarversammlung sind. Bei sinngemässer Auslegung der Gesetzes-

norm inklusive der Materialien kann nur der Schluss gezogen werden, dass sich «alle Kantone» nur auf «alle Vereinbarungskantone» beziehen kann.

Gemäss Artikel 12 Absatz 1 Buchstabe b HFKG vertreten 14 Mitglieder der Regierungen der Trägerkantone der kantonalen Universitäten, Fachhochschulen und Pädagogischen Hochschulen die Kantone im Hochschulrat. *Artikel 6 Absatz 3 Hochschulkonkordat* konkretisiert die Vertretungen der Kantone im Hochschulrat:

Einsitz im Hochschulrat haben zunächst die zehn Erziehungsdirektorinnen oder Erziehungsdirektoren der Universitätskantone, welche dem Interkantonalen Konkordat über universitäre Koordination vom 9. Dezember 1999 beigetreten sind. Der Bezug auf das Universitätskonkordat erfolgt mit Rücksicht auf dessen Ablösung durch das neue Hochschulkonkordat. Entsprechend wird in der künftigen Struktur auf der Basis des Hochschulförderungs- und Koordinationsgesetzes auch die heutige Vertretung in der Schweizerischen Universitätskonferenz abgebildet. Für die Fachhochschulen und die Pädagogischen Hochschulen bestehen heute keine vergleichbare Rechtsgrundlage und keine Organstruktur, die direkt abzulösen wäre. Damit sind die Kantone Zürich, Bern, Waadt, Genf, Freiburg, St. Gallen, Basel-Stadt, Luzern, Tessin und Neuchâtel aufgrund ihres Beitritts zum Universitätskonkordat im Hochschulrat vertreten. Diese Kantone vertreten als Trägerschaften je

- ihre Universität;
- ihre Fachhochschule, sofern sie eine solche führen;
- ihre Pädagogische Hochschule, sofern sie eine solche führen,
- und zusätzlich – falls sie an einer interkantonalen Hochschule beteiligt sind – deren Teilschulen auf ihrem Kantonsgebiet.

Die Aufteilung der interkantonalen Hochschulen auf mehrere Kantone ergibt sich aus dem Anspruch der Kantone, für die Ermittlung der Punkte für die Stimmengewichtung (siehe Artikel 7) die Studierenden auf ihrem Kantonsgebiet vertreten zu können.

Die Vertretung der Hochschule für Heilpädagogik (HfH) in Zürich, die auf einem Konkordat von 13 Kantonen beruht (AG, AI, AR, GL, GR, OW, SG, SH, SO, SZ, TG, ZG, ZH und Fürstentum Liechtenstein) wird dementsprechend aufgrund des Standorts vom Kanton Zürich wahrgenommen.

Neben den zehn Sitzen für die Universitätskantone sind im Hochschulrat vier weitere Sitze zu besetzen. Für diese wählt die Konferenz der Vereinbarungskantone jeweils auf vier Jahre vier weitere Trägerkantone.

Im Anhang zur Vereinbarung ist aufgeführt, welche Hochschulen die Mitglieder des Hochschulrats vertreten.

**Art. 7 Gewichtung der Stimmen bei Beschlüssen des Hochschulrats**

Für die Gewichtung der Stimmen bei Beschlüssen des Hochschulrats gemäss Artikel 17 HFKG erhält jede kantonale Vertretung im Hochschulrat eine Anzahl Punkte proportional zur Anzahl immatrikulierter Studierender, die auf dem Gebiet des Kantons an den kantonalen Hochschulen und an interkantonalen Hochschulen oder deren Teilschulen studieren. Die Mitglieder des Hochschulrats erhalten im Minimum einen Punkt. Die Zuteilung der Punkte ist im Anhang dargestellt.

*Artikel 7 Hochschulkonkordat* regelt die Gewichtung der Stimmen bei Beschlüssen des Hochschulrats.

Das Entscheidungsverfahren im Hochschulrat ist differenzierter als dasjenige in der Plenarversammlung. Gemäss Artikel 17 HFKG braucht es für die Mehrheit der Entscheide neben dem qualifizierten Mehr von



zwei Dritteln der Stimmen der anwesenden Mitglieder und der Stimme des Bundes zusätzlich das einfache Mehr an Punkten, die das Hochschulkonkordat auf die Vertretungen der Kantone gemäss ihren Studierendenzahlen verteilt. Die Regelung trägt zum einen den Anforderungen an die Handlungsfähigkeit des Hochschulrats, zum andern dem Bedürfnis nach gesamthaft tragfähigen und breit abgestützten Entscheidungen Rechnung. Massgebend für die Anzahl der zugeordneten Punkte ist die Zahl der Studierenden der vom jeweiligen Kanton vertretenen Hochschulen und von allfälligen Standorten interkantonalen Hochschulen auf dem Gebiet des Kantons.

Die Punktezahl wird alle zwei Jahre aufgrund der aktuellen Studierendenzahl ermittelt und auf jene Trägerkantone verteilt, die dem Hochschulkonkordat beigetreten sind (Kompetenz der Konferenz der Vereinbarungskantone, Artikel 10). Die Verteilung ist im Anhang zum Hochschulkonkordat aufgeführt. Der Ermittlung der Punktezahl wurden die Studierendenzahlen des Bundesamts für Statistik zugrunde gelegt, konkret jene von 2010/2011 und 2011/2012, und zwar ohne Weiterbildung und ohne Aufbau-/Vertiefungsstudium. Die Weiterbildung wurde deshalb ausgeklammert, weil sie nicht unter die öffentliche Finanzierung fällt, sondern kostendeckend angeboten werden sollte.

Die Punkte werden proportional zur Anzahl Studierender, die durch den jeweiligen Kanton repräsentiert wird, verteilt. Grundsätzlich erhalten die Trägerschaften pro 1000 Studierende einen Punkt, wobei die Studierendenzahlen auf 1000 ab- beziehungsweise aufgerundet werden (Werte  $\leq 499$  werden abgerundet, Werte  $\geq 500$  werden aufgerundet). Aufgrund dieser Zuordnungen werden dem Kanton mit der grössten Studierendenzahl 42 Punkte zugesprochen, jenem mit der geringsten Studierendenzahl mindestens ein Punkt (die Studierendenzahl der Pädagogischen Hochschulen Schwyz und Zug liegt zurzeit gesamthaft unter 500). Aktuell werden insgesamt 170 Punkte vergeben, wobei die Zahl der Punkte je nach Entwicklung der Studierendenzahl nach oben beziehungsweise unten korrigiert werden muss.

Die Berechnung der Punkte erfolgt alle zwei Jahre aufgrund der Durchschnittswerte der vorangehenden Jahre. Die Konferenz der Vereinbarungskantone veröffentlicht die jeweils aktuelle Zuteilung im Anhang zur Vereinbarung. Die obenstehend aufgelisteten Punkte basieren auf dem Durchschnitt der Studierendenzahlen 2010/2011 und 2011/2012 (Quelle: BFS) sowie auf den Angaben der Kantone (Studierende interkantonalen Fachhochschulen und Pädagogischer Hochschulen auf Kantonsgebiet).

#### **Art. 8 Finanzierung der gemeinsamen Organe**

<sup>1</sup>Die Vereinbarungskantone beteiligen sich zu höchstens 50 Prozent an den Kosten der Schweizerischen Hochschulkonferenz gemäss Artikel 9 Absatz 2 HFKG.

<sup>2</sup>Der Beitrag gemäss Absatz 1 wird von den Vereinbarungskantonen nach folgendem Verteilschlüssel getragen:

- a. eine Hälfte entsprechend ihrer Einwohnerzahl;
- b. eine Hälfte von den Hochschulträgern entsprechend der Zahl der von ihnen vertretenen Studierenden.

<sup>3</sup>Die Hochschulträger beteiligen sich entsprechend der Zahl der von ihnen vertretenen Studierenden zu höchstens 50 Prozent

- a. an den Kosten der Rektorenkonferenz, soweit sich diese aus der Erfüllung der Aufgaben gemäss HFKG ergeben,
- b. und an den Kosten des Schweizerischen Akkreditierungsrats und dessen Akkreditierungsagentur, soweit diese nicht durch Gebühren gemäss Artikel 35 Absatz 1 HFKG gedeckt sind.

<sup>4</sup>Trägerschaften mit mehreren Kantonen regeln selbstständig, wie diese Kosten unter den beteiligten Kantonen aufgeteilt werden.

<sup>5</sup>Die Zusammenarbeitsvereinbarung enthält die Grundsätze, nach denen die Schweizerische Hochschulkonferenz die Tragung der Kosten der Rektorenkonferenz regelt.

*Artikel 8 Absatz 1 Hochschulkonkordat* regelt die Beteiligung der Vereinbarungskantone an den Kosten der Schweizerischen Hochschulkonferenz.

Gemäss Artikel 9 HFKG trägt der Bund die Kosten für die bei ihm liegende Geschäftsführung der Schweizerischen Hochschulkonferenz. Sie umfassen die Personal- und Betriebskosten für die Vor- und Nachbereitung der Beschlüsse der Schweizerischen Hochschulkonferenz, welche beim zuständigen

Departement des Bundes anfallen. Darin enthalten sind beispielsweise die Ermittlung des Finanzbedarfs, die Vorbereitungen zur Festlegung der Referenzkosten, der Entwurf von Bestimmungen zu Studienstufen und Übertrittsregelungen oder die Vorbereitung von Entscheiden zu projektgebundenen Beiträgen. Die bundesseitige Kostentragung für diese Aufgabenbereiche ist sachlich einerseits durch die Leitungsrolle des Bundes in der Schweizerischen Hochschulkonferenz gerechtfertigt, andererseits dadurch, dass ein erheblicher Teil der wiederkehrenden administrativen Arbeiten zentrale Bundeskompetenzen (namentlich die Zuteilung der Grundbeiträge oder die Vorevaluation von projektgebundenen Beiträgen) betreffen. Beim Generalsekretariat EDK werden für die Zusammenarbeit mit dem Bund bei der Geschäftsführung der Schweizerischen Hochschulkonferenz die bestehenden Ressourcen des Koordinationsbereichs Hochschulen ausreichend sein.

Eine andere Kostentragung sieht das HFKG dagegen für Kosten der Schweizerischen Hochschulkonferenz vor, die nicht die Administration im engeren Sinne betreffen. Diese Kosten werden von Bund und Kantonen je zur Hälfte getragen. Dazu gehören z.B. Kosten für erteilte Aufträge (Gutachten, Berichte etc.), die anfallenden Kosten für ständige und nichtständige Ausschüsse der Schweizerischen Hochschulkonferenz sowie die Tagungskosten der Schweizerischen Hochschulkonferenz (Miete von Räumlichkeiten, Übernachtungskosten etc.). Artikel 8 Absatz 1 nimmt die Regelung von Artikel 9 Absatz 2 HFKG auf im Sinne einer Absicherung, dass die Kantone sich an den entsprechenden Kosten höchstens zu 50 Prozent beteiligen.

*Artikel 8 Absatz 2 Hochschul Konkordat* regelt einen Gegenstand, der nur die Kantone betrifft: Die Aufteilung jener Kosten unter den Kantonen, die gemeinsam mit dem Bund getragen werden. Die Bestimmung im Hochschul Konkordat sieht einen zweistufigen Schlüssel vor, dies unter Berücksichtigung der zwei Sitzungsformen der Schweizerischen Hochschulkonferenz (Plenarversammlung und Hochschulrat und deren Kompetenzen) einerseits und der Tatsache, dass Ausgangspunkt der Tätigkeit der gemeinsamen Organe die Förderung und Koordination der Hochschulen darstellt, andererseits.

Entsprechend dem Nutzen der Hochschulförderung und -koordination für alle Vereinbarungskantone und in Anbetracht des Mitbestimmungsrechts aller Vereinbarungskantone in der Plenarversammlung beziehungsweise der Mitverantwortung sämtlicher Vereinbarungskantone für den gesamten Hochschulbereich regelt Buchstabe a eine Verteilung von 50 Prozent der von den Kantonen gemeinsam getragenen Kosten auf alle Vereinbarungskantone entsprechend ihrer Einwohnerzahl.

Entsprechend dem Nutzen der Hochschulförderung und -koordination für die Hochschulen selber ist es gerechtfertigt, einen Teil der Kostenverteilung über die Grösse der Hochschulinstitutionen, gemessen an der Anzahl Studierender, zu definieren: Unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Stimmengewichtungen im Hochschulrat definiert Buchstabe b eine Verteilung der restlichen 50 Prozent der von den Kantonen gemeinsam getragenen Kosten proportional zum Stimmengewicht (bzw. zur Studierendenzahl) der Trägerkantone. Trägerschaften mit mehreren Kantonen regeln für die jeweilige Hochschule unter sich, wie diese Kosten, die aufgrund der Vertretung im Hochschulrat zu tragen sind, unter den beteiligten Kantonen verteilt werden.

*Artikel 8 Absatz 3 Hochschul Konkordat* legt die maximale Beteiligung der Kantone (höchstens 50%) an der Tragung der Kosten der Rektorenkonferenz, des Schweizerischen Akkreditierungsrats und dessen Akkreditierungsagentur fest. Aufgrund ihrer Kompetenzen im Hochschulrat und ihres Stimmengewichts obliegt es den Trägern, diese Kosten zu tragen, und zwar im Verhältnis zur Zahl der von ihnen vertretenen Studierenden. Die Zusammenarbeitsvereinbarung legt in Artikel 7 Absatz 1 beziehungsweise Absatz 2 fest, dass sich Bund und Hochschul Konkordatskantone je hälftig an den definierten Kosten der Rektorenkonferenz und des Schweizerischen Akkreditierungsrats mit seiner Akkreditierungsagentur beteiligen.

Artikel 7 Zusammenarbeitsvereinbarung präzisiert, dass bei der Rektorenkonferenz jene Kosten gemeinsam von Bund und Kantonen getragen werden, «soweit sich diese Kosten aus der Erfüllung der Aufgaben gemäss HFKG ergeben», und beim Schweizerischen Akkreditierungsrat und seiner Akkreditierungsagentur, «soweit diese Kosten sich aus der Erfüllung der Aufgaben gemäss HFKG ergeben und nicht durch Gebühren gemäss Artikel 35 Absatz 1 HFKG gedeckt sind».

Das HFKG sieht vor, dass die Personal- und Betriebskosten vom Schweizerischen Akkreditierungsrat und seiner Akkreditierungsagentur möglichst durch Gebühren für die Akkreditierungsverfahren gedeckt werden. Die Gebühren werden bei den Hochschulen für die Durchführung der beantragten Akkreditierungen beziehungsweise für die entsprechenden Verfügungen erhoben und werden insofern über die Hochschulbudgets abgerechnet. Die Kostentragung von Bund und Kantonen betrifft im Bereich der Akkreditierung den Restbetrag, der nach Abzug der Gebühreneinnahmen für Overheadkosten für die Sicherstellung des Betriebs sowie für Aufwendungen in Zusammenhang mit ständigen Entwicklungsaufgaben notwendig sein dürfte.

Die Kostentragung der «anderen gemeinsamen Organe» regelt gemäss Artikel 9 Absatz 3 HFKG die Plenarversammlung auf Grundlage der Zusammenarbeitsvereinbarung. Artikel 8 Absatz 3 Hochschulkonkordat nimmt diese Bestimmung mit Bezug auf die Finanzierung der Rektorenkonferenz der schweizerischen Hochschulen und den Schweizerischen Akkreditierungsrat mit seiner Akkreditierungsagentur auf. Diese organisiert sich selbst und wird sich voraussichtlich auch künftig zu einem erheblichen Anteil durch Beiträge ihrer Mitglieder, also über die Hochschulbudgets, finanzieren. Für die ständigen Aufgaben, welche der Rektorenkonferenz mit der Zusammenarbeitsvereinbarung übertragen werden, sowie für Aufträge, die ihr die Schweizerische Hochschulkonferenz erteilt, wird die Rektorenkonferenz voraussichtlich mit einem Beitrag von Bund und Kantonen entschädigt. Insofern ist auch bei der Finanzierung der Rektorenkonferenz mit einem Anteil zu rechnen, der von den Kantonen getragen und nach Massgabe von Artikel 8 Absatz 2 Hochschulkonkordat unter den Kantonen aufgeteilt wird. Wie die Tragung der Kosten der Rektorenkonferenz konkret ausgestaltet ist, wird wie erwähnt die Plenarversammlung der Schweizerischen Hochschulkonferenz auf Grundlage der Zusammenarbeitsvereinbarung entscheiden.

Gemäss den Vorarbeiten einer Arbeitsgruppe des Bundes und der Kantone (SBF, BBT, GS SUK, GS EDK) werden sich die durch das HFKG entstehenden, gemeinsam zu tragenden Kosten für die Schweizerische Hochschulkonferenz, die Rektorenkonferenz, den Schweizerischen Akkreditierungsrat und die Akkreditierungsagentur auf insgesamt 5 bis 6 Mio. Franken jährlich belaufen. Werden diese Kosten je hälftig durch Beiträge des Bundes und der Kantone gedeckt, sind jährlich 2.5 bis 3 Mio. Franken auf die Kantone zu verteilen. Ein direkter Vergleich zwischen den Kosten für die heutigen und jenen für die künftigen Organe ist aufgrund unterschiedlicher Rechtsgrundlagen, Aufgaben und Finanzierungsquellen nicht möglich, doch kann davon ausgegangen werden, dass die Kantone insgesamt weniger an die Hochschulkoordination beisteuern werden als bisher, allerdings wird die Verteilung auf die Kantone ändern.

### III. Konferenz der Vereinbarungskantone

#### **Art. 9 Zusammensetzung und Organisation**

<sup>1</sup>Die Konferenz der Vereinbarungskantone setzt sich aus den Erziehungsdirektoren und Erziehungsdirektorinnen der Kantone zusammen, die der Vereinbarung beigetreten sind. Sie konstituiert sich selbst.

<sup>2</sup>Sie fasst ihre Beschlüsse mit der Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder.

Die Konferenz der Vereinbarungskantone setzt sich aus den Erziehungsdirektorinnen und Erziehungsdirektoren derjenigen Kantone zusammen, die dem Hochschulkonkordat beigetreten sind. Obwohl Artikel 63a BV mit der vorgesehenen gemeinsamen Steuerung des schweizerischen Hochschulbereichs durch Bund und Kantone implizit davon ausgeht, dass alle Kantone an der Koordination und der Gewährleis-

tung der Qualitätssicherung im Hochschulbereich teilhaben sollen, bleiben die einzelnen Kantone selbstverständlich frei, dem Hochschulkonkordat beizutreten.

#### **Art. 10 Aufgaben und Kompetenzen**

<sup>1</sup>Die Konferenz der Vereinbarungskantone ist verantwortlich für den Vollzug der Vereinbarung. Insbesondere ist sie zuständig für den Abschluss von Vereinbarungen gemäss Artikel 4 Absatz 1 und 2, für den Entscheid über Massnahmen gemäss Artikel 4 Absatz 3 und alle zwei Jahre für die Festlegung der Punkte für die Stimmengewichtung im Hochschulrat gemäss Artikel 7.

<sup>2</sup>Sie schlägt der Plenarversammlung der Schweizerischen Hochschulkonferenz zwei Erziehungsdirektorinnen oder Erziehungsdirektoren zur Wahl als Vizepräsidentin oder als Vizepräsidenten vor.

Basierend auf *Artikel 10 Absatz 1 Hochschulkonkordat* ist die Konferenz der Vereinbarungskantone ganz generell zuständig für den Vollzug der Vereinbarung. Als solche ist sie zuständig für den Abschluss von Vereinbarungen gemäss Artikel 4 Hochschulkonkordat und somit auch für den Abschluss der Zusammenarbeitsvereinbarung zwischen Bund und Kantonen. Zudem legt sie im Sinne einer Bestätigung der Berechnung alle zwei Jahre die Punkte für die Stimmengewichtung im Hochschulrat fest, die im Anhang zur Vereinbarung festgehalten wird.

Gemäss *Artikel 10 Absatz 2 Hochschulkonkordat* ist die Konferenz der Vereinbarungskantone auch zuständig, der Plenarversammlung der Schweizerischen Hochschulkonferenz aus ihrer Mitte zwei Erziehungsdirektorinnen oder Erziehungsdirektoren zur Wahl als Vizepräsidentin oder als Vizepräsidenten vorzuschlagen.

#### **IV. Interkantonale Finanzierung der Hochschulen**

##### **Art. 11 Interkantonale Hochschulbeiträge**

Die interkantonalen Hochschulbeiträge werden auf der Grundlage der Interkantonalen Universitätsvereinbarung (IUV) vom 20. Februar 1997<sup>2</sup> und der Interkantonalen Fachhochschulvereinbarung (FHV) vom 12. Juni 2003<sup>3</sup> ausgerichtet.

*Artikel 11 Hochschulkonkordat* hält explizit fest, dass die interkantonalen Hochschulbeiträge weiterhin auf der Grundlage der beiden bestehenden Finanzierungs- und Freizügigkeitsvereinbarungen, der Interkantonalen Universitätsvereinbarung (IUV) vom 20. Februar 1997 und der Interkantonalen Fachhochschulvereinbarung (FHV) vom 12. Juni 2003, ausgerichtet werden.

Die Finanzierung der Pädagogischen Hochschulen erfolgt in Anwendung der Fachhochschulvereinbarung.

#### **V. Titelschutz**

##### **Art. 12 Bezeichnungs- und Titelschutz**

<sup>1</sup>Der Schutz der Hochschulbezeichnungen richtet sich nach Artikel 62 HFKG.

<sup>2</sup>Wer einen Titel führt, der auf Basis kantonalen oder interkantonalen Rechts geschützt ist, ohne dass er über den entsprechenden anerkannten Ausbildungsabschluss verfügt, oder wer einen entsprechenden Titel verwendet, der den Eindruck erweckt, er habe einen anerkannten Ausbildungsabschluss erworben, wird mit Busse bestraft. Fahrlässigkeit ist strafbar. Die Strafverfolgung obliegt den Kantonen.

*Artikel 12 Hochschulkonkordat* regelt auf interkantonomer Ebene den Schutz der Bezeichnungen von Hochschulinstitutionen: Hochschulinstitutionen, die nicht institutionell akkreditiert sind, dürfen die Bezeichnungen «Universität», «Fachhochschule» oder «Pädagogische Hochschule» beziehungsweise Ableitungen davon sowie die englischen Bezeichnungen «University», «University of Applied Sciences» und «University of Teacher Education» nicht führen. Die Formulierung des Bezeichnungsschutzes hält sich an die entsprechende Bestimmung des HFKG (Artikel 62).

<sup>2</sup>Sammlung der Rechtsgrundlagen der EDK, Ziffer 3.1

<sup>3</sup>Sammlung der Rechtsgrundlagen der EDK, Ziffer 3.3

Artikel 62 Absatz 2 HFKG sieht vor, dass der Titelschutz der Hochschulabsolvierenden sich nach den jeweiligen Rechtsgrundlagen der Institutionen richtet. Um unterschiedliche Regelungen in den kantonalen Trägererlassen zu vermeiden, wird in *Artikel 12 Absatz 2 Hochschulkonkordat* der Titelschutz auf interkantonaler Ebene geregelt. Die Strafverfolgung hingegen obliegt den Kantonen.

## VI. Schlussbestimmungen

### **Art. 13 Vollzug**

<sup>1</sup>Die Geschäftsführung im Vollzug dieser Vereinbarung obliegt dem Generalsekretariat der EDK. Unter Einbezug der zuständigen Amtschefinnen und Amtschefs der Kantone besorgt es die laufenden Arbeiten der Konferenz der Vereinbarungskantone sowie die übrigen hochschulpolitischen Geschäfte der EDK, soweit nicht andere Zuständigkeiten bestehen, und arbeitet mit dem zuständigen Bundesamt zusammen.

<sup>2</sup>Die Zusammenarbeit mit dem zuständigen Bundesamt bei der Geschäftsführung für den Hochschulrat der Schweizerischen Hochschulkonferenz erfolgt über die zuständigen Amtschefinnen und Amtschefs der im Hochschulrat vertretenen Kantone und eine Vertretung des Generalsekretariats der EDK.

<sup>3</sup>Die Kosten der Vereinbarungstätigkeit werden unter Vorbehalt von Artikel 8 nach Massgabe der Einwohnerzahl unter den Vereinbarungskantonen verteilt.

Gemäss *Artikel 13 Absatz 1 Hochschulkonkordat* besorgt das Generalsekretariat der EDK im Rahmen des Vollzugs des Hochschulkonkordats unter Einbezug der zuständigen Amtschefinnen und Amtschefs der Kantone die laufenden Arbeiten der Konferenz der Vereinbarungskantone, insbesondere die vorbereitende Geschäftsführung der Konferenz der Vereinbarungskantone, sowie die übrigen hochschulpolitischen Geschäfte der EDK und es arbeitet mit dem Bundesamt zusammen, das für die Geschäftsführung zuständig ist (Artikel 14 HFKG). Eine kontinuierliche Zusammenarbeit auf der Ebene Geschäftsführung ist erforderlich, um die Sicht und die Instrumente der Kantone bereits im Zuge der Vorbereitung der Geschäfte und sodann bei deren Vollzug effizient einzubeziehen. Es geht dabei um Geschäftstätigkeiten, die vom Generalsekretariat der EDK bereits heute geleistet werden (nach geltendem Recht im Rahmen des Schweizerischen Fachhochschulrats, in der Zusammenarbeit mit der Schweizerischen Universitätskonferenz, mit dem WBF).

*Artikel 13 Absatz 2 Hochschulkonkordat* regelt die Zusammenarbeit mit dem zuständigen Bundesamt bei der Geschäftsführung für den Hochschulrat der Schweizerischen Hochschulkonferenz. Seitens der Kantone sind daran beteiligt: die zuständigen Amtschefinnen und Amtschefs jener Kantone, die im Hochschulrat vertreten sind, und eine Vertretung des Generalsekretariats der EDK.

*Artikel 13 Absatz 3 Hochschulkonkordat* sieht vor, dass Kosten, die im Rahmen des Vollzugs der vorliegenden Vereinbarung entstehen und die nicht gestützt auf Artikel 8 des Hochschulkonkordats abgerechnet werden, nach Massgabe der Einwohnerzahl unter den Vereinbarungskantonen verteilt werden. Es handelt sich dabei um bereits heute bestehende und zulasten des Schulkonkordats 1970 abgerechnete Kosten für Tätigkeiten im Rahmen der interkantonalen Zusammenarbeit im Hochschulbereich, soweit es sich nicht um Tätigkeiten handelt, die über die IUV und die FHV abgerechnet werden.

### **Art. 14 Streitbeilegung**

<sup>1</sup>Auf Streitigkeiten, die sich aus dem vorliegenden Hochschulkonkordat ergeben, wird das Streitbeilegungsverfahren gemäss der Rahmenvereinbarung für die interkantonale Zusammenarbeit mit Lastenausgleich (IRV) vom 24. Juni 2005 angewendet.

<sup>2</sup>Kann die Streitigkeit nicht beigelegt werden, entscheidet auf Klage hin das Bundesgericht gemäss Artikel 120 Absatz 1 Buchstabe b des Bundesgerichtsgesetzes<sup>4</sup>.

Im Hinblick auf die im Hochschulkonkordat enthaltenen Bestimmungen über die Zusammensetzung des Hochschulrates und die Stimmengewichtung ist es sinnvoll und gerechtfertigt, bei Streitigkeiten, die sich

<sup>4</sup>Bundesgesetz über das Bundesgericht vom 17. Juni 2005 (Bundesgerichtsgesetz, BGG); SR 173.110

ren. Aus diesem Grund wird im Hochschulkonkordat auf das Streitbeilegungsverfahren der IRV verwiesen. Erst nach einem erfolglos durchgeführten Streitbeilegungsverfahren soll die Klage an das Bundesgericht gemäss Artikel 120 Absatz 1 Buchstabe b des Bundesgesetzes über das Bundesgericht (BGG) vom 17. Juni 2005 möglich sein.

**Art. 15 Beitritt**

Der Beitritt zu dieser Vereinbarung wird dem Vorstand der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren gegenüber erklärt.

Das Ratifikationsverfahren wird in jedem Kanton nach je kantonalem Recht durchgeführt. Die jeweilige Kantonsregierung erklärt dem Vorstand der EDK gegenüber den Beitritt.

**Art. 16 Austritt**

<sup>1</sup>Der Austritt aus der Vereinbarung muss dem Vorstand der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren gegenüber erklärt werden. Er tritt auf Ende des dritten Kalenderjahres, das der Austrittserklärung folgt, in Kraft.

<sup>2</sup>Mit dem Austritt gelten alle Vereinbarungen gemäss Artikel 4 auf den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Austritts ebenfalls als gekündigt.

Ein Kanton, welcher der Vereinbarung beigetreten ist, hat gemäss *Artikel 16 Absatz 1 Hochschulkonkordat* auch das Recht, gegenüber dem Vorstand der EDK den Austritt aus der Vereinbarung zu erklären. Die Kündigungsfrist beträgt drei ganze Kalenderjahre. Für die verbleibenden Vereinbarungskantone bleibt die Vereinbarung vollumfänglich in Kraft.

*Artikel 16 Absatz 2 Hochschulkonkordat* sieht vor, dass mit dem Austritt eines Kantons aus der Vereinbarung implizit auch sämtliche anderen Vereinbarungen gemäss Artikel 4 als gekündigt gelten.

**Art. 17 Inkrafttreten**

<sup>1</sup>Der Vorstand der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren entscheidet über das Inkrafttreten der Vereinbarung, wenn ihr mindestens 14 Kantone beigetreten sind, davon mindestens acht der Konkordatskantone des Interkantonalen Konkordats über universitäre Koordination vom 9. Dezember 1999. Die Inkraftsetzung erfolgt jedoch frühestens zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des HFKG.

<sup>2</sup>Das Inkrafttreten ist dem Bund zur Kenntnis zu bringen.

*Artikel 17 Hochschulkonkordat* betreffend das Inkrafttreten ist analog zu Artikel 12 des Interkantonalen Konkordats über universitäre Koordination vom 9. Dezember 1999 (Universitätskonkordat) formuliert: Für das Inkrafttreten des heute geltenden Universitätskonkordats war der Beitritt von «mehr als der Hälfte der Universitätskantone» (mindestens sechs Universitätskantone) notwendig. Dementsprechend setzt der Vorstand der EDK die Vereinbarung gemäss Artikel 17 Absatz 1 Hochschulkonkordat in Kraft, wenn ihr mindestens 14 Kantone (die Hälfte aller Kantone + 1) beigetreten sind und – als zusätzliche Bedingung – davon mindestens acht (das entspricht vier Fünfteln) Konkordatskantone des Interkantonalen Konkordats über universitäre Koordination. Der Bezug auf das Universitätskonkordat erfolgt mit Rücksicht auf dessen Ablösung durch das neue Hochschulkonkordat. Das gleichzeitige Erfordernis einer Mehrheit der Kantone und einer Vierfünftelmehrheit der Universitätskantone des bestehenden und abzulösenden Universitätskonkordats ermöglicht ein rasches Umsetzen des Verfassungsauftrages, der in Artikel 63a definiert ist und mit dem Erlass des HFKG konkretisiert wird.

Die formelle Inkraftsetzung der Vereinbarung bedarf eines Beschlusses des Vorstands der EDK. Gemäss Artikel 48 Absatz 3 BV ist das Inkrafttreten dem Bund zur Kenntnis zu bringen.

Bern, 20. Juni 2013

Im Namen der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren

Die Präsidentin:  
Isabelle Chassot

Der Generalsekretär:  
Hans Ambühl



## Beilage zu den Erläuterungen zum Entwurf Hochschulkonkordat

Vorarbeiten von SBFi, GS EDK, GS SUK haben ergeben, dass gemäss Artikel 9 Absatz 2 HFKG von Kosten in der Grössenordnung von 5-6 Mio. Franken für die künftigen gemeinsamen Organe auszugehen ist, die zu 50 Prozent auf die Kantone entfallen (siehe Kommentar zu den einzelnen Bestimmungen des Hochschulkonkordats, S.10). Die unten aufgeführten Grafiken gehen von einer Summe von 3 Mio. Franken aus, die gemäss Artikel 8 des Entwurfs Hochschulkonkordat auf die Kantone zu verteilen ist.

### 1. Kosten der Schweizerischen Hochschulkonferenz, die gemäss Entwurf Hochschulkonkordat Artikel 8 Absatz 2 von den Vereinbarungskantonen zu tragen sind.

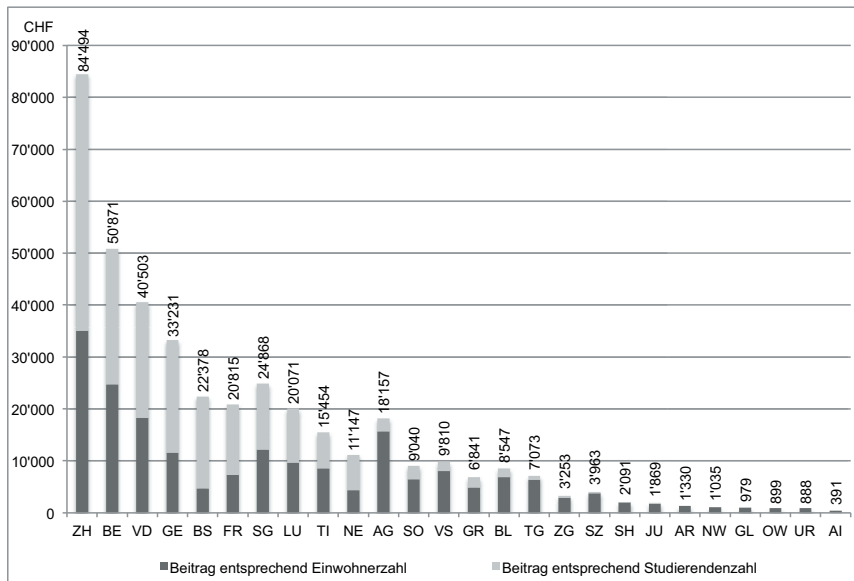


Abbildung 1

Erläuterungen: Die Kosten der schweizerischen Hochschulkonferenz, die durch die Vereinbarungskantone zu tragen sind, ergeben sich zur einen Hälfte aus der Einwohnerzahl (Stand: 31. Januar 2012; Quelle: Bundesamt für Statistik 2013), zur anderen Hälfte aus der Zahl der von den Hochschulträgern vertretenen Studierenden (addierter Durchschnitt aus den Jahren 2010/2011 und 2011/2012; Quelle: Bundesamt für Statistik; berücksichtigt ist die Anzahl Studierender auf Studienstufe Lizentiat/Diplom, Bachelor, Master, Doktorat, ohne Weiterbildung/Vertiefungsstudien).

**Generalsekretariat | Secrétariat général**

Haus der Kantone, Speichergasse 6, Postfach 660, CH-3000 Bern 7 | T: +41 (0)31 309 51 11, F: +41 (0)31 309 51 50, www.edk.ch, edk@edk.ch

**IDES** Informationszentrum | Centre d'information | T: +41 (0)31 309 51 00, F: +41 (0)31 309 51 10, ides@edk.ch

**2. Kosten der Schweizerischen Rektorenkonferenz sowie des Schweizerischen Akkreditierungsrats und dessen Akkreditierungsagentur, die gemäss Entwurf Hochschulkonkordat Artikel 8 Absatz 3 von den Kantonen (Hochschulträger) zu tragen sind.**

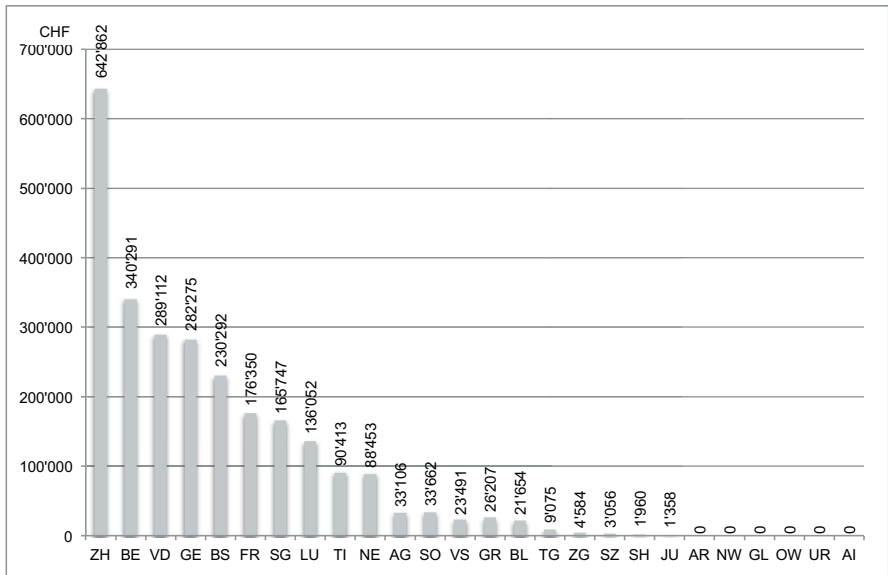


Abbildung 2

Erläuterungen: Die Kosten der Rektorenkonferenz und des Akkreditierungsrats mit Agentur, welche durch die Kantone (Hochschulträger) zu tragen sind, ergeben sich aus der Zahl der von den Hochschulträgern vertretenen Studierenden (addierter Durchschnitt aus den Jahren 2010/2011 und 2011/2012; Quelle: Bundesamt für Statistik; berücksichtigt ist die Anzahl Studierender auf Studienstufe Lizentiat/Diplom, Bachelor, Master, Doktorat, ohne Weiterbildung/Vertiefungsstudien).



**3. Kosten der Schweizerischen Hochschulkonferenz sowie Kosten der Schweizerischen Rektorenkonferenz und des Schweizerischen Akkreditierungsrats und dessen Akkreditierungsagentur, die gemäss Entwurf Hochschul Konkordat Artikel 8 Absätze 2 und 3 von den Kantonen (Vereinbarungskantone, Hochschulträger) zu tragen sind.**

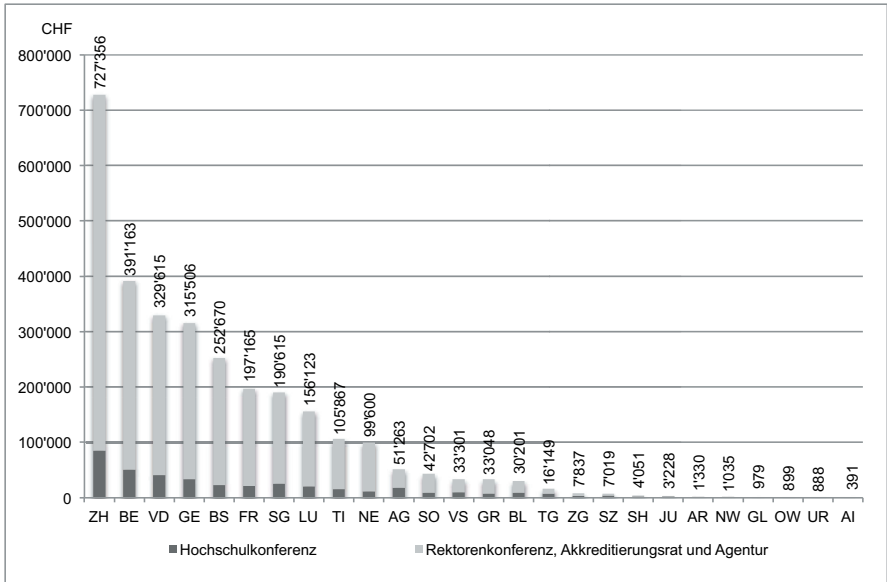


Abbildung 3

Erläuterungen: Zusammenzug von Abbildungen 1 und 2; Erläuterungen siehe dort.

19. Juni 2013  
402/4/2007 da





